

„Fit für die Krise“ hat das Ziel, das Potenzial der Regulationstheorie dahingehend auszuloten, die aktuelle Krise genauer zu verstehen.



2013 - 399 Seiten - € 36,90  
ISBN: 978-3-89691-925-0

AutorInnen sind neben den HerausgeberInnen Sabah Alnasseri, Brigitte Aulenbacher, Hans-Jürgen Bieling, Alex Demirović, Matthias Ebenau, Susanne Heeg, Roland Heinz, Joachim Hirsch, Bob Jessop, Birgit Riegraf, Bernd Röttger, Birgit Sauer, Stefan Schmalz, Martina Sproll, Ngai-Ling Sum und Markus Wissen.



Wie viele gesellschafts- und kapitalismuskritische Analysen erfährt auch die Regulationstheorie in der aktuellen Krise eine gewisse Renaissance. Vor diesem Hintergrund geht der Band der Frage nach, ob die von diesem Ansatz entwickelten Konzepte und Werkzeuge, die in der Krise des Fordismus erarbeitet wurden, geeignet sind, die gegenwärtige multiple Krise zu erklären und wo an andere Theorien und Diskussionen angeknüpft werden muss.

*Roland Atzmüller*, Assistenzprofessor an der Johannes Kepler Universität Linz, Abteilung für theoretische Soziologie und Sozialanalysen (TSS).

*Joachim Becker*, a.o. Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung.

*Ulrich Brand*, Professor für Internationale Politik an der Universität Wien.

*Lukas Oberndorfer*, wiss. Referent in der Abteilung EU & Internationales der Arbeiterkammer Wien.

*Vanessa Radek*, Bankangestellte und Redakteurin der Zeitschrift 'Kurswechsel'.

*Thomas Sablowski*, wiss. Mitarbeiter am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Redakteur der Zeitschrift PROKLA und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac Deutschland.

**Jetzt bestellen:  
direkt per Fax oder Post beim Verlag Westfälisches Dampfboot  
im Internet: [www.dampfboot-verlag.de](http://www.dampfboot-verlag.de)  
bei jeder guten Buchhandlung**

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT  
Hafenweg 26a - D-48155 Münster  
Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50  
info@dampfboot-verlag.de - [www.dampfboot-verlag.de](http://www.dampfboot-verlag.de)



## Inhalt

*Atzmüller / Becker / Brand / Oberndorfer / Redak / Sablowski*

Einleitung – Lesarten kapitalistischer Entwicklung 7

### Grundlagen, Perspektiven und Kritiken der Regulationstheorie

*Joachim Becker*

Regulationstheorie: Ursprünge und Entwicklungstendenzen 24

*Bob Jessop / Ngai-Ling Sum*

Kulturelle politische Ökonomie und der Regulationsansatz 57

*Brigitte Aulenbacher / Birgit Riegraf*

Kapitalismus und Krise – eine Frage von Ökonomie und Klasse?

Über kapitalismustheoretische Öffnungen in Sachen

Reproduktion, Geschlecht und Ethnie 90

*Birgit Sauer*

„Putting patriarchy in its place“

Zur Analysekompetenz der Regulationstheorie für Geschlechterverhältnisse 111

*Ulrich Brand / Markus Wissen*

Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus:

zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen 132

### Analysepotenziale der regulationstheoretischen Debatten

*Roland Atzmüller*

Der Wohlfahrtsstaat aus regulationstheoretischer Perspektive 150

*Martina Sproll*

Arbeit im Übergang zum „Postfordismus“ – Wie nützlich sind

regulationstheoretische und arbeitspolitische Ansätze? 170

*Alex Demirović / Thomas Sablowski*

Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa 187

*Roland Henry / Vanessa Redak*

Geldverhältnis und Krise 239

*Susanne Heeg*  
Baulöwen, Spekulationshaie und Heuschrecken:  
die gebaute Umwelt abseits tierischer Erklärungsbilder 258

**Nationale und regionale Entwicklungen in der Krise  
aus regulationstheoretischer Sicht**

*Bernd Röttger*  
Die eigentümliche Kontinuität des „Modell Deutschland“  
Über historische Schranken, „große Krisen“ und blockierte  
Transformationen der kapitalistischen Produktionsweise 286

*Hans-Jürgen Bieling*  
Die Krise der Europäischen Union aus der Perspektive einer  
neo-gramscianisch erweiterten Regulationstheorie 309

*Stefan Schmalz*  
Neue Vögel im Käfig? Chinas steiniger Weg zu einem neuen  
Akkumulationsregime 329

*Sabah Alnasseri*  
Regulation, Krise und politische Ökonomie der arabischen Revolutionen:  
Der Fall Ägypten 353

**Was wird aus der Regulationstheorie?**

*Joachim Hirsch*  
Was wird aus der Regulationstheorie? 380

AutorInnen und HerausgeberInnen 397

*Roland Atzmüller / Joachim Becker / Ulrich Brand / Lukas Oberndorfer /  
Vanessa Redak / Thomas Sablowski*

## Einleitung – Lesarten kapitalistischer Entwicklung

Der Ausbruch der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Frage aufgeworfen, ob nun eine bestimmte Phase des (neoliberalen) Kapitalismus an ihr Ende gelangt ist. Als denkbar galt zu Beginn der Krise, dass der Staatsinterventionismus bzw. der Keynesianismus eine Renaissance erfahren würde. Sogar im bürgerlichen Feuilleton wurde geraunt, dass die Linken in ihrer Warnung vor den destruktiven Auswirkungen der neoliberalen Deregulierung und Flexibilisierung sowie der finanzmarktdominierten Globalisierung doch Recht hatten. In einem Großteil der Zentrumsstaaten, speziell in der Europäischen Union, ist jedoch nach einer ersten kurzen Phase pragmatischer Krisenbekämpfung mit einzelnen keynesianischen Versatzstücken eine Radikalisierung neoliberaler Politikmuster festzustellen, die auf eine weitere Zurückdrängung und Zerschlagung europäischer Wohlfahrtsstaatlichkeit abzielen. Diese Politik schwächt einerseits die ArbeiterInnenschaft und einen Großteil des Kleinbürgertums politisch weiter und zieht andererseits eine Rezession bzw. Stagnation nach sich. Eine Stabilisierung ist in den kapitalistischen Zentren daher nicht erkennbar, vielmehr verschärfen die Krisenerscheinungen und die dominanten Formen des Krisenmanagements Verarmungsprozesse und soziale Polarisierungen und vertiefen die klassen- und geschlechtsspezifischen sowie ethnisierten Herrschaftsverhältnisse des europäischen Kapitalismus. Es könnte sein, dass die gegenwärtige Krise eine beschleunigte Verlagerung der globalen Kapitalakkumulation in sich neu industrialisierende Länder wie China signalisiert (vgl. den Aufsatz von Stefan Schmalz in diesem Band). Andererseits stellt sich die Frage, ob die „emerging markets“ sich von der Konjunktur in den Zentren abkoppeln können. In der Vergangenheit war das nicht der Fall. Die Frage ist also, ob die globale Krise, die sich seit 2007 ausgehend von den USA entwickelt hat, regional eingedämmt werden kann und ob auf das amerikanische Jahrhundert möglicherweise ein chinesisches folgt.

Damit verbunden ist die Frage, ob es sich bei der gegenwärtigen Krise um eine kleine, konjunkturelle oder um eine große, strukturelle Krise handelt. Dem Bild der konjunkturellen Krise liegt die Vorstellung zugrunde, auf die Krise würde eine Phase der Restabilisierung und des Wiederaufschwungs folgen, ohne dass eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse notwendig wäre. Ein erheblicher Teil der progressiven ÖkonomInnen – auch jene, die durchaus Parallelen zur Krise von

1929 sehen – erhofft sich eine Restabilisierung durch einen keynesianisch inspirierten Politikwechsel.

Während keynesianische oder sozialdemokratische Kriseninterpretationen die Krise durch institutionelle und wirtschaftspolitische Reformen als lösbar betrachten, werfen marxistisch inspirierte Ansätze wie die Regulationstheorie die Frage auf, ob die Krise eine strukturelle ist, die durch grundlegende Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise oder, konkreter, des sogenannten finanzdominierten Akkumulationsregimes (s.u. sowie die Aufsätze von Joachim Becker, Alex Demirović und Thomas Sablowski in diesem Band) bedingt wird und durch kleinere Reformen nicht zu bewältigen ist. RegulationstheoretikerInnen arbeiten auch die politische Seite der Krise – die Krise der Repräsentation, autoritäre Tendenzen (vor allem in der EU), Konflikte über Modi der Krisenbewältigung unter den dominanten Kräften – heraus. Damit unterscheidet sich die Regulationstheorie sowohl in der Interpretation der Krise wie auch in den wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen von anderen progressiven Ansätzen in der Ökonomie. Wirtschaftspolitische Optionen werden im Kontext der gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse diskutiert. Dies steht im Gegensatz zu einem eher technokratischen Verständnis der Wirtschaftspolitik, das unter ÖkonomInnen – nicht nur des Mainstreams – sehr verbreitet ist.

Krisenhafte Tendenzen auf verschiedenen Ebenen der Gesellschaft (ökologische Krise, Reproduktionskrise, Krise der Lebensweisen etc.; vgl. Demirović et al. 2011) sprechen dafür, dass die gegenwärtigen Krisendynamiken über temporäre Friktionen der gegenwärtigen Entwicklungsweise hinausgehen. Diese Krisentendenzen beruhen auf unterschiedlichen Widersprüchen und bedingen daher auch unterschiedliche soziale Konfliktlinien und politische Auseinandersetzungen, aus denen spezifische Anforderungen an die gesellschaftlichen Regulationsmechanismen resultieren. Sie sind gleichzeitig auf unterschiedliche und historisch wie räumlich spezifische Art und Weise mit dem finanzdominierten Akkumulationsregime verknüpft, was zur Tiefe der gegenwärtigen Krise beiträgt und erklärt, warum aus regulationstheoretischer Perspektive die Schlussfolgerung nahe liegt, dass verschiedene Widersprüche und Krisentendenzen sich zu einer großen Krise der Entwicklungsweise verdichten. Wenn aber der multiple Charakter der gegenwärtigen Krisenentwicklungen adäquat erfasst werden soll, muss die regulationstheoretische Debatte sich weiter anderen kritischen Ansätzen und Analysen öffnen.

Fragen der Stabilität, Instabilität, Krise und die Suche nach progressiven Wegen aus der Krise haben die Regulationstheorie, die aus den französischen marxistischen Debatten heraus entstand, von Anfang an geprägt. Ihr Entstehungskontext war durch die Krise der 1970er Jahre geprägt, als linke französische ÖkonomInnen die theoretischen Konzepte der Regulationstheorie aus dem Bestreben heraus erarbeiteten, die damaligen Veränderungen des Kapitalismus präziser fassen zu können.

Bereits in der schulbildenden, zuerst 1976 veröffentlichten Arbeit von Michel Aglietta (2000a) wurden langfristige Transformationen des Arbeitsprozesses, der Lebensweise der Lohnabhängigen, der Konkurrenzverhältnisse, der Unternehmensformen und des Finanzsektors untersucht. Die Entwicklung der Regulationstheorie war mit dem politischen Projekt verbunden, progressiven Wegen aus der damaligen Krise den Boden zu bereiten. Die Linke war damals in Frankreich noch in der Offensive (ausführlich dazu: Becker 2002).

Gegenstand der Regulationstheorie war also nicht die kapitalistische Produktionsweise im Allgemeinen, sondern die Untersuchung konkreter historisch und national spezifischer Entwicklungsphasen. Daher bewegt sich der konzeptionelle Apparat der Regulationstheorie auf einer mittleren Abstraktionsebene. Die Kernkonzepte bezogen und beziehen sich auf das Wechselverhältnis von historisch und räumlich spezifischen Formen der Akkumulation und der Bearbeitung kapitalistischer Widersprüche und Konflikte, die als Regulation gekennzeichnet wurde.

Das ursprüngliche regulationstheoretische Programm bestand darin, der Frage nachzugehen, wie die als fundamental widersprüchlich, instabil und krisenhaft aufgefasste kapitalistische Produktionsweise sich über längere Perioden der Prosperität stabilisieren und reproduzieren kann, wenn die allgemeinen Bedingungen dieser Reproduktion nicht in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen selbst zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Begriff der Regulation(sweise) sollte daher fassbar werden, wie sich der Kapitalismus bzw. ein historisch und geographisch spezifisches Regime der Akkumulation trotz oder wegen seiner Widersprüche erhalten kann. Die Regulationstheorie ging davon aus, dass die Stabilität des Kapitalismus bzw. seiner erweiterten Reproduktion höchst voraussetzungsvoll und erklärungsbedürftig ist und nicht aus den allgemeinen Bestimmungen der kapitalistischen Produktionsweise abgeleitet werden kann. Diese ist vielmehr Gegenstand und Medium der sozialen Kämpfe, die zumindest temporär zu einer stabilen Artikulation bzw. Korrespondenz von Akkumulation und Regulation führen können.

Stabile Phasen der Entwicklung werden in der Regulationstheorie daher als historisch und räumlich spezifische Pfade der (erweiterten) Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise aufgefasst, in denen die Widersprüchlichkeit der sozialen Verhältnisse nicht mit ihrer Reproduktion in Konflikt gerät, sondern in historisch und national je unterschiedlichen institutionellen Formen zu ihrer Voraussetzung werden kann, wie z.B. Alex Demirović (2003: 48) anhand der spezifischen Regulation des Lohnverhältnisses im Fordismus hervorgehoben hat. Die Konflikthaftigkeit einer temporär stabilisierten Regulationsweise wird nicht negiert, sondern vielmehr als Voraussetzung der Dynamik einer kapitalistischen Entwicklungsweise bestimmt. Die Periodisierung der kapitalistischen Entwicklung kann daher nicht aus angenommenen Effekten objektiver Dynamiken der Produktionsweise – wie z.B. der technologischen Entwicklung – abgeleitet werden (Hirsch 2001: 44), sondern hängt

wesentlich sowohl von den dominanten Akkumulationsstrategien als auch von der Konjunktur der sozialen Kämpfe ab.

Die theoretische Analyse unterschiedlicher Phasen der kapitalistischen Entwicklung ist selbst Teil der sozialen Kämpfe und ihrer Effekte. In diesen Kämpfen geht es ja darum, bestimmte Wahrnehmungen und Interpretationen gesellschaftlicher Entwicklungen durchzusetzen bzw. das historisch und räumlich spezifische Feld der sozialen Kämpfe zu identifizieren und jene Momente herauszuarbeiten, welche das überkommene institutionelle Gefüge transzendieren und auf die Entwicklung modifizierter Formen der gesellschaftlichen Reproduktion und Regulation ihrer Widersprüche hinweisen. „Die Identifizierung historischer Phasen hat deshalb prinzipiell den Charakter einer Konstruktion, bei der es darum geht, für bestimmend gehaltene Struktureigenschaften und Tendenzen pointierend herauszuarbeiten und von daher Rückschlüsse auf dominante Konfliktfelder und soziale Akteure zu ziehen.“ (Hirsch 2001: 45)

## Rezeption und Weiterentwicklung

Da der regulationstheoretische Ansatz, wie in den bisherigen Ausführungen bereits angedeutet, eine Verknüpfung (polit-)ökonomischer Analysen und Debatten mit anderen gesellschafts- und politiktheoretisch orientierten Diskussionen ermöglichte, war er für an Marx, aber auch anderen kritischen Ansätzen orientierte Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sehr attraktiv.

Seit mehr als 30 Jahren wird daher die Regulationstheorie für die sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzungen auch im deutschsprachigen Raum rezipiert und diskutiert (für die frühe Rezeption vgl. Hirsch 1980; Jürgens/Naschold 1983; Lutz 1984; Hirsch/Roth 1986; Mahnkopf 1988).

Dies geschah in unterschiedlichen Wellen und mit verschiedenen Schwerpunkten der Diskussion. Anfänglich bezog sich diese Rezeption relativ stark auf die Analysen der Akkumulationsprozesse sowie die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der französischen Regulationstheoretiker. Während in den 1970er und 1980er Jahren die Analysen der Akkumulation noch sehr stark um die industrielle Akkumulation kreisten, verschob sich in den Folgejahren die Perspektive. In den 1990er Jahren geriet der Finanzsektor zunehmend in das Blickfeld, und die analytischen Konzepte wurden in Richtung auf finanziarisierte Formen der Akkumulation hin ausgeweitet (Guttman 1994; Aglietta 2000b; Boyer 2000). Von Anfang an wiesen sie auf deren inhärent instabilen Charakter hin.

Das heißt, auch in der Analyse eines möglichen, der krisenhaften Ablösung des Fordismus folgenden Entwicklungsmodells erwies die Regulationstheorie um das Jahr 2000 herum ihre zeitdiagnostische Stärke, als die Bedeutung des finanziarisierten Akkumulationsregimes (Aglietta 2000b) für die neoliberale Globalisierung

ins Zentrum der Debatten gerückt wurde. Insbesondere die Herausarbeitung der Widersprüche und sich abzeichnenden Krisenmomente des finanzgetriebenen Akkumulationsregimes haben sich spätestens seit der Finanzkrise 2008 bestätigt. Ein Problem dieser Debatten war aber, dass viele der regulationistischen ÖkonomInnen – sofern sie sich nicht stark mit (semi-)peripheren Ökonomien befassten – die räumlich ungleichen Akkumulationsmuster weniger scharf wahrnahmen. Dabei bildete sich sowohl international als auch innereuropäisch eine ungleiche Arbeitsteilung von exportorientierten neo-merkantilistischen Ökonomien und importabhängigen, hochgradig finanziarisierten Ökonomien heraus (Becker/Jäger 2012).

Insgesamt lässt sich aber konstatieren, dass in den letzten 20 Jahren die französischen Analysen im deutschen Sprachraum nur sehr begrenzt rezipiert bzw. weiterentwickelt wurden (z.B. durch Becker, Jäger, Redak, Sablowski, Schmalz, Stockhammer). Hierfür gibt es mehrere Gründe. Die Arbeiten sind überwiegend nicht ins Englische oder Deutsche übersetzt – und die Sprachgrenze zum Französischen stellt eine offenbar erhebliche Sprachbarriere dar (die umgekehrt auch für die Rezeption der deutschsprachigen Arbeiten in Frankreich gilt). Dazu kommt, dass heterodoxe und kritische Ökonomie in Deutschland besonders schwach vertreten ist. Dies mag auch einer der Gründe sein, warum die ökonomischen Debatten der Regulationstheorie stärker in Österreich als in Deutschland aufgegriffen wurden.

Die deutschsprachigen PolitikwissenschaftlerInnen und SoziologInnen waren zwar an regulationstheoretischen Kernkonzepten, weit weniger aber an den vertiefenden ökonomischen Diskussionen interessiert. Insofern spielt für die Rezeptionsgeschichte sowohl eine Sprach- als auch eine disziplinäre Barriere eine Rolle. Für beide Seiten des Rheins ist zu konstatieren, dass marxistische Ansätze zunehmend marginalisiert worden sind. Das dürfte in Frankreich auch einer der Gründe sein, warum sich wesentliche Teile der RegulationstheoretikerInnen an institutionalistische Ansätze angenähert haben.

Insgesamt bezieht sich die deutschsprachige, regulationstheoretische Diskussion eher auf den Bereich der Regulation. Dadurch konnte die Debatte in Richtung umfassender Auseinandersetzungen um die politischen, ideologischen und hegemonialen Voraussetzungen der Regulation moderner bürgerlicher Gesellschaften und der sie konstituierenden klassen- und geschlechtsspezifisch sowie rassistisch strukturierten Macht- und Herrschaftsverhältnisse erweitert oder zumindest geöffnet werden.

Besonders stark haben sich deutschsprachige SozialwissenschaftlerInnen mit Fragen des Staates und der Hegemonie (exemplarisch für die weitläufige Debatte: Hirsch/Roth 1986; Hirsch 2005; Demirović et al. 1992), aber auch der Ökologie (Brand/Görg 2003; Görg 2003) auseinander gesetzt, die in der französischen Diskussion vergleichsweise wenig behandelt wurden. Gemeinsam war den deutschsprachigen Diskussionen dabei stets der Anspruch, zu verstehen, warum und inwiefern das gegenwärtige Modell des Kapitalismus in die Krise geraten ist. Die Regulationstheorie

wurde daher von Anfang an als Theorie des Kapitalismus in der Krise rezipiert und konzipiert, woraus sowohl die Stärken als auch Schwächen der regulationstheoretischen Debatte resultieren.

Zu Beginn der Auseinandersetzungen ging es um den Stellenwert der in der Regulationstheorie entwickelten theoretischen Kategorien und ihre Anwendbarkeit, aber auch um den Charakter der sich seit den 1970er Jahren abzeichnenden Krisenerscheinungen, die als Krise des Fordismus und damit (mögliche) Ablösung der nach 1945 hegemonialen Entwicklungsweise analysiert wurden. Insbesondere die konsequent konflikttheoretische Lesart der Regulationstheorie, die auf analytischer Ebene ernst nehmen wollte, dass sowohl die Durchsetzung der „glücklichen Fundsache“ einer stabilen Entwicklungsweise, wie retrospektiv der Fordismus gesehen wurde, als auch die Krise als Ergebnis sozialer Kämpfe verstanden werden muss, erlaubte eine Anwendung dieses Ansatzes auf die Krise der kapitalistischen Entwicklungsweise der beiden Nachkriegsjahrzehnte und des deutschen Sicherheitsstaates, für die vor allem die Untersuchungen von Joachim Hirsch (1990) und Roland Roth (1986) stehen. Nicht zuletzt diese Analysen nutzten und erneuerten das ursprüngliche politische Potenzial des Regulationsansatzes für ein Verständnis der Dynamik der Krise des Fordismus, da das regulationstheoretische Narrativ erlaubte, aktivistische Perspektiven der autonomen sozialen Bewegungen, aber auch der ArbeiterInnenbewegung und sozialistischer Gruppen mit theoretisch fundierten Konzeptionen zusammenzuführen.

Die konflikt- und hegemonietheoretische Lesart der Regulationstheorie erlaubte es auf der einen Seite, z.B. den keynesianischen Wohlfahrtsstaat als Ergebnis sozialer Kämpfe und als (instabilen) Kompromiss anzuerkennen und bspw. seine dekommodifizierenden Elemente zu verteidigen. Auf der anderen Seite ermöglichte sie gleichzeitig radikale theoretische wie praktische Interventionen in die Auseinandersetzungen um die Bewältigung der Krise des Fordismus. Joachim Hirsch hatte diese Spannung im Konzept des „radikalen Reformismus“ auf einen Begriff zu bringen versucht (1990), Alain Lipietz versuchte Vergleichbares mit dem Konzept der „politischen Ökologie“ (Lipietz 1998).

Alain Lipietz bezeichnete die Regulationstheoretiker einmal als „rebellische Söhne Althusser“ (Jenson 1987, Lipietz 1992). Wie Althusser versucht die Regulationstheorie, einen nichtreduktionistischen Begriff des komplexen gesellschaftlichen Ganzen zu entwickeln. Dabei dynamisiert sie die Problematik der gesellschaftlichen Reproduktion und vermeidet so funktionalistische Kurzschlüsse. Die Herkunft der Regulationstheorie aus der Althusser-Schule erlaubte ihre Zusammenführung mit der neomarxistischen staats-theoretischen Diskussion in der BRD, die ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre einen neuen Aufschwung nahm und v.a. die Arbeiten von Nicos Poulantzas (Demirović 2008; Bretthauer et al. 2006; Demirović et al. 2010) und Antonio Gramsci (1991ff) für die Analyse des Staates und der Politik fruchtbar zu

machen versuchte. Die schon in der Begrifflichkeit des Regulationsansatzes angelegte Offenheit, die auf die Überschreitung der engen, vom universitären Fächerkanon vorgegebenen disziplinären Grenzen abzielte, war – neben der Diagnosefähigkeit des Ansatzes in der Krise des Fordismus – sicher mit ein Grund für die vielfältigen Versuche der analytischen und konzeptionellen Erweiterung des Regulationsansatzes. Die Analyse mannigfaltiger gesellschaftlicher Konfliktlinien und die Überwindung der verschiedenen „blinden Flecken“ neomarxistischer Konzeptionen sollte zentraler Bestandteil der Weiterentwicklung der Regulationstheorie werden (Demirović et al. 1992; Esser et al. 1994; Amin 1994; Bruch/Krebs 1996; Becker et al. 1997; Brand/Raza 2003). Tatsächlich wurden etwa die Frage des Raums (Becker 2002; Heeg 2001), die sich angesichts der Globalisierungs- und Regionalisierungsprozesse aufdrängte, die Bedeutung (semi-)peripherer Gesellschaften (Alnasseri 2004) oder die ökologische Krise und der Stellenwert gesellschaftlicher Naturverhältnisse (Görg 2003; Brand/Görg 2003; Brand 2000) zu wesentlichen Achsen der Weiterentwicklung des Regulationsansatzes. Eine Reihe von AutorInnen bemühten sich um eine adäquate Einbeziehung der Geschlechterverhältnisse in die Regulationstheorie (Ruddick 1992; Kohlmorgen 2004; Chorus 2012; siehe außerdem die Aufsätze von Birgit Sauer, Birgit Riegraf und Brigitte Aulenbacher in diesem Band). Auffällig ist, dass die Rezeption regulationstheoretischer Überlegungen in der arbeitspolitischen und industriesoziologischen Diskussion (exemplarisch siehe: Jürgens/Naschold 1983; Deppe et al. 1989; Dörre/Röttger 2003; Menz et al. 1999; Lüthje 2001; Sauer 2005) in den Hauptsträngen der deutschsprachigen Debatte nur wenig wahrgenommen wurde.

Insgesamt kann konstatiert werden, dass der relative wissenschaftliche Erfolg des Regulationsansatzes, der mit den notwendig selektiven Verweisen hier nur unzureichend dargestellt werden kann, eng mit den Kämpfen gegen die Durchsetzung der neoliberalen Hegemonie verbunden ist. Die begriffliche Struktur dieses Ansatzes ermöglichte es, die sozialen Kämpfe in der Krise des Fordismus, aber auch den Umbau des Kapitalismus unter neoliberalen und neokonservativen Vorzeichen zu verstehen. Folgerichtig betonte Joachim Hirsch (Hirsch 1990; Hirsch/Roth 1986) in seinen ersten Auseinandersetzungen mit der Regulationstheorie die zentrale Bedeutung der Neuen Sozialen Bewegungen. Andere regulationstheoretische Arbeiten im deutschsprachigen Raum akzentuierten hingegen – in der Tradition der Marburger Schule – eher die Rolle der Gewerkschaften bei Widerständen gegen neoliberale Politik und diskutierten auch die Rolle von Linksparteien (Deppe 2012).

In den Arbeiten von Jessop (2002; 1990b; 1990a), Jessop und Sum (2006), Jamie Peck (1996) und Mario Candeias (2004) wurde der Neoliberalismus als Hegemonieprojekt begriffen, das, obwohl aus den Widersprüchen des Fordismus entstanden, darauf abzielte, die widersprüchliche Einheit des fordistischen Akkumulationsregimes und seiner Regulationsweise zu zerschlagen. Mit dem Angriff auf den fordistischen Konsens sollte die Krise des Kapitalismus gelöst werden, die in den 1970er Jahren

durch widersprüchliche Entwicklungen, die vom Fordismus selbst ausgelöst worden waren, manifest geworden war. Relativ früh wurde in manchen Arbeiten (Hirsch 1995; Becker 1998; Atzmüller 2004) auf autoritäre Elemente der entstehenden neuen Staatlichkeit verwiesen.

Trotz der skizzierten analytischen Stärke des Ansatzes verebbten die Auseinandersetzungen um die Regulationstheorie Mitte des letzten Jahrzehnts. Hierfür dürfte es eine Reihe von Gründen geben. Unmittelbar nach dem Ende des Staatssozialismus und der deutschen Vereinigung gerieten kritische wissenschaftliche Ansätze wie auch soziale Bewegungen, politisch in die Defensive. Zudem ging ab Ende der 1990er Jahre in den Sozialwissenschaften eine ganze Generation progressiver WissenschaftlerInnen in Pension. Damit emeritierten auch einige Personen, die diesen Ansatz im deutschsprachigen Raum vorangetrieben haben, was dazu führte, dass an Universitäten wie der FU Berlin, in Marburg oder Frankfurt/M. Studierende deutlich weniger an den Ansatz herangeführt wurden. Aufgrund der innerakademischen Kräftekonstellation wurden viele Professuren nicht mehr mit (neo-)marxistischen WissenschaftlerInnen besetzt. Zudem lassen sich eine zunehmende Akademisierung sowie ein Trend zu sehr abstrakten Analysen und Debatten auch bei linken SozialwissenschaftlerInnen beobachten. Die auf einer mittleren Abstraktionsebene ansetzende Regulationstheorie mit ihrem Interesse an konkreten, politisch orientierenden Konjunkturanalysen passt nicht gut in diesen Trend. Wünsche blieben auch bei der adäquaten Konzeptualisierung der umkämpften Durchsetzung einer Regulationsweise offen, da in der Regel die Ergebnisse sozialer Kämpfe in geronnener Form Gegenstand regulationstheoretischer Arbeiten waren und weniger ihre krisenhafte Transformation.

Trotz des erwähnten Versuchs, andere soziale (Herrschafts-)Verhältnisse zu berücksichtigen, kam es etwa zwischen feministischen und regulationstheoretischen Ansätzen, obwohl beide einer kritischen und emanzipatorischen Wissenschaft verbunden sind, zu wenig Austausch (siehe dazu auch die Aufsätze von Birgit Sauer, Birgit Riegraf und Brigitte Aulenbacher in diesem Band). Das gilt auch, von einer kurzen Phase abgesehen, für die politische Ökologie. Das hängt wohl auch damit zusammen, dass es bislang zu wenig gelang, den kapitalismustheoretischen Kern des Regulationsansatzes zu erweitern.

Dazu kommt, dass der Regulationsbegriff eine grundlegende Ambivalenz aufweist (Röttger 2001). Auf der einen Seite zielt er auf die fortgesetzte, stabile Reproduktion der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse und ist damit als kritischer Begriff von Herrschaft zu sehen. Auf der anderen Seite jedoch wird eine Regulationsweise als eine historisch spezifische, auf einem Kompromiss zwischen Lohnarbeit und Kapital beruhende Einhegung des Kapitalverhältnisses aufgefasst, das einer ungehinderten Entfaltung der Marktkräfte und des Wertgesetzes entgegengestellt wird. Obwohl auch letzteres ursprünglich auf die Bedeutung der sozialen Kämpfe und gewisse Erfolge der ArbeiterInnen- und anderer sozialer Bewegungen hinweisen sollte, wur-

de diese Ambivalenz, wie etwa auch Joachim Becker (2003; 2002) betont, oftmals zugunsten einer „Stabilitätsoptik“ aufgelöst.

Unter regulationstheoretischen Vorzeichen wurde daher immer weniger die Frage gestellt, wie soziale Kämpfe unter den sich wandelnden Bedingungen kapitalistischer Vergesellschaftung zu einer Überwindung des Kapitalismus beitragen können, sondern vielmehr wurde der Blick auf die Bedingungen „gelingender Regulation“ gelenkt. Das heißt, es wurde die Frage in den Vordergrund gerückt, wie ein neues, stabiles Entwicklungsmodell entwickelter Gesellschaften ausschauen könnte, ja sogar wie die durch umfangreiche Koordinationssysteme (Sozialpartnerschaft etc.) eingegegneten Modelle des Kapitalismus gegen die marktradikalen Modelle eines liberalen Kapitalismus verteidigt werden könnten.

Durch diese Interpretation des Regulationsbegriffs verlor die Regulationstheorie aber an Kritikfähigkeit. Zudem wurde es schwer, konzeptionelle Vorteile gegenüber Ansätzen wie etwa jenem der *Varieties of Capitalism* ausreichend theoretisch wie politisch zu begründen. Diese Lesart der Regulationstheorie kam speziell bei Ökonomen in Frankreich wie Robert Boyer (2011) zum Tragen, die der dortigen Sozialistischen Partei nahestehen.

Damit aber wird Regulationstheorie zu einer Variante des „besseren Regierens“, der Losung „Anpassung oder Untergehen“ (Röttger 2003: 21). Viele Analysen unter regulationstheoretischen Vorzeichen reproduzieren heute mit veränderten Begrifflichkeiten die Gegenüberstellung von (freiem) Markt und (intervenierendem) Staat, die die klassische sozialdemokratische Theoriebildung fordristischer Provenienz antrieb, anstatt den wechselseitig konstitutiven Zusammenhang von Akkumulationsregime und Regulationsweise zum Ausgangspunkt einer kritischen Analyse der Entwicklung kapitalistischer Gesellschaften im Postfordismus zu nehmen. Damit aber verliert der Regulationsansatz sein zeitdiagnostisches Potenzial aus einer gesellschaftskritischen Perspektive und folgerichtig seine Relevanz für jene sozialen Bewegungen, die versuchen, die Auswirkungen der Krise und ihrer neoliberalen Bewältigung zu bekämpfen.

Die mit regulationstheoretischen Konzepten arbeitenden Analysen unterscheiden sich in wichtigen Nuancen sowohl in der Interpretation der Krisendynamik wie auch bei der Skizzierung möglicher linker Wege aus der Krise. So werden beispielsweise bei der Interpretation der Entwicklungsweise der EU vor der gegenwärtigen Krise die Akzente teils eher auf deren finanzdominierten Charakter, teils eher auf die spannungsgeladene Arbeitsteilung neo-merkantilistischer, exportorientierter Ökonomien (z.B. BRD) und importabhängiger, hochgradig finanziellierter Ökonomien gelegt. Während Demirović und Sablowski (2012) auf eine gemeinsame EU-weite Mobilisierung von unten setzen, hält Becker (2012) eine solche Mobilisierung aufgrund der ungleichen und ungleichzeitigen Krisendynamik für ausgeschlossen und zudem für die Peripherieländer der Euro-Zone einen progressiven Ausweg aus der Krise nur bei einem Bruch mit der Euro-Zone für möglich.

Unterschiedliche Akzente werden auch bei der Analyse und Konzipierung der Rolle des Staates in der Krisenkonjunktur gesetzt. Einhellig arbeiten regulationstheoretische Ansätze Tendenzen einer autoritären Transformation der gegenwärtigen Staatlichkeit sowohl auf der nationalstaatlichen als auch auf der EU-Ebene heraus. Hierbei kennzeichnet Hirsch diese Tendenz unter Verweis auf eine gestärkte Rolle des Staates als autoritären Etatismus, während Becker (2012) und Jäger (1998) hingegen unter Betonung des Grundzugs der neo-liberalen Regelbindung staatlicher Politik von einem autoritären Liberalismus sprechen. Hinter diesen semantischen Unterschieden stehen unterschiedliche politische Konzeptionen. Hirsch betont eher die Rolle neuer sozialer Bewegungen, während Becker beispielsweise nicht nur den Druck sozialer Bewegungen (gerade auch Gewerkschaften), sondern auch den Zugriff linker politischer Kräfte auf staatliche Entscheidungszentren für eine progressiv-transformatorische Politik für erforderlich hält.

Damit greifen regulationstheoretisch inspirierte SozialwissenschaftlerInnen weiterhin in relevante Debatten zur gegenwärtigen Krise ein – allerdings durchaus mit unterschiedlichen Strategievorstellungen. Außerdem ermöglicht der integrale Blick regulationstheoretischer Konzepte auf die widersprüchliche Entwicklung kapitalistischer Gesellschaftsformationen, der nicht zuletzt die relative Autonomie der die bürgerliche Gesellschaft konstituierenden Ebenen und Reproduktionskreisläufe betont, die Analyse der multiplen Krisendynamiken des Finanzmarktkapitalismus (Demirović et al. 2011).

## Schluss

Die gegenwärtige multiple Krise wirft zentrale Fragen für die Weiterentwicklung eines umfassenden Projektes kritischer Gesellschaftstheorie auf, das sich nicht in den akademischen Elfenbeinturm zurückziehen, sondern sich als Teil der sozialen Kämpfe gegen die Strategien der Herrschenden verstehen will. Die Einschätzung der aktuellen Konstellation hängt davon ab, ob die Phase kapitalistischer Entwicklung bis 2008 als Teil der Krise des Fordismus oder als Verwirklichung einer finanziarisierten Entwicklungsweise begriffen wird. Daran schließen sich wichtige Fragen an: Haben wir es gegenwärtig mit der Durchsetzungs- oder der Endkrise einer postfordistischen Entwicklungsweise zu tun? Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Entwicklungen in Zentrum und (Semi-)Peripherie derzeit auseinander laufen. Im Zentrum, speziell der EU, sind deutlich restaurative Tendenzen zu erkennen, während zumindest in Teilen der Semiperipherie, beispielsweise in Lateinamerika, politische Bemühungen zur Veränderung der Entwicklungsweise in Gang gekommen sind.

Wir gehen in diesem Band von der Annahme aus, dass eine gesellschaftstheoretisch informierte, in der Tradition von Marx stehende Ausrichtung der Regulationstheorie, erweitert um eine Reihe theoretischer Analyseachsen, für eine Analyse der Krise und

denkbarer Handlungsoptionen in der Krise weiterhin einiges zu bieten hat. Da jedoch theoretische Begriffe stets einen zeithistorischen Kern haben, müssen sie immer wieder aktualisiert werden. Das geschieht nicht zuletzt dadurch, dass Begriffe, Theoreme und Einsichten anderer Theorien aufgenommen und sorgfältig integriert werden.

Auf der *theoretischen Ebene* können mit Einsichten der Regulationstheorie und ihrer Aktualisierung wichtige gesellschafts- und ökonomietheoretische Defizite anderer sozialwissenschaftlicher und auch marxistischer Ansätze bearbeitet werden. Das bedeutet, dass schon beim Kapitalismusbegriff und der Konzeptualisierung der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise sich entscheidet, was analytisch berücksichtigt wird – und was nicht – und wie wir letztendlich die aktuelle Krise begreifen.

Die regulationstheoretischen Debatten betonten immer den interdependenten und nicht auf eine Seite hin auflösbaren, stets aber widersprüchlichen und konflikthaften Zusammenhang zwischen der „Ökonomie“ und dem „Staat“/der „Politik“ bzw. der Gesellschaft. Die Regulationstheorie, so Jessop (1992), erlaube/fordere die Betrachtung der Ökonomie aus einer integralen Perspektive, wie sie auch den staats-theoretischen Analysen einen ökonomischen Kern gebe. Gerade weil die Regulationstheorie den interdependenten Charakter von Akkumulation und Regulation und die Bedeutung der sozialen Kämpfe für die Stabilität/Instabilität der kapitalistischen Produktionsweise betonte, konnten Defizite marxistischer Theorien zurückgewiesen werden, die die Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung entweder aus der Kapitallogik abzuleiten oder als Ergebnis der Strategien der herrschenden Klassen zu interpretieren versuchten.

Vor diesem Hintergrund scheint uns der Antrieb der Postfordismusedebatte seit den 1980er Jahren, nämlich das Verhältnis von Kontinuität und Bruch in der gesellschaftlichen Entwicklung genauer zu bestimmen, ganz wesentlich. Es geht nicht darum, so eine immer wieder formulierte Kritik, die Bedingungen stabiler Dynamiken im Sinne möglicher Kongruenzen zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise zu erkunden und gar normativ Ordnung und hohes Wirtschaftswachstum zu privilegieren (es stellt sich sogleich die Frage: Ordnung für wen?).

Vielmehr kann eine Regulationstheorie, die sich ihrer gesellschaftstheoretischen Grundlagen vergewissert, einen wichtigen Beitrag dahingehend leisten, zu verstehen, wie herrschaftliche gesellschaftliche Verhältnisse historisch entstanden sind, sich wandeln und auch ganz grundlegend verändert werden können. Das ist nicht wenig in Zeiten, in denen hochkomplexe gesellschaftliche Verhältnisse wie Markt oder Staat in ihren Grundlagen und ihrer Gewordenheit sowie in ihrem Herrschaftscharakter kaum mehr hinterfragt werden. Hier greifen die heute dominierenden institutionalistischen Kapitalismustheorien zu kurz, von der Neoklassik ganz zu schweigen.

Die Regulationstheorie, wie sie vor dem Hintergrund staats-theoretischer Einsichten entwickelt wurde, betont die entscheidende Differenz zwischen Regulierung

im Sinne politisch-intentionaler Steuerung und Regulation als komplexer Form der Widerspruchsbearbeitung. Der Staat bzw. das politische Institutionensystem spielen eine wichtige Rolle, aber sie müssen selbst als herrschaftliche und umkämpfte soziale Verhältnisse verstanden werden, die an sozio-ökonomische und kulturelle Strukturen und Prozesse rückgebunden bleiben. Dieser Aspekt wird in der jüngeren „neo-poulantzasianischen“ Debatte (Demirović et al. 2010; Brethauer et al. 2006) unterstrichen, gleichwohl gibt es (noch) wenige explizite Verknüpfungen mit der Regulationstheorie – obwohl es sich mitunter um dieselben AutorInnen handelt.

Eine Aktualisierung der Regulationstheorie – oder wenn man will: einer regulationstheoretisch inspirierten marxistischen Staatstheorie – ist daher wichtig. Denn die damit zu gewinnenden theoretischen und zeitdiagnostischen Einsichten gehen in der Governance-Debatte, dem derzeit prominentesten Angebot der Steuerungstheorie, fast vollständig unter.

Die konkrete Entwicklung von Gesellschaften unter der Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise und die entsprechende herrschaftliche Strukturierung verschiedener sozialer Verhältnisse ist kontingent. Die Regulationstheorie kann helfen, das *Terrain aktueller Kräfteverhältnisse, Kämpfe und Strategien* genauer zu bestimmen. Kollektive Akteure wie auch gesellschaftliche und politische Organisationen sind in ihren Interessen, Strategien und Handlungsmöglichkeiten an die bestehenden sozio-ökonomischen, politischen und ideologischen Verhältnisse rückgebunden. Ein genaueres Verständnis der Dynamiken und Krisenhaftigkeit dieser Verhältnisse, der Verschiebung von Krisentendenzen kann helfen, die Kämpfe besser einzuschätzen.

Im Unterschied zu den meisten anderen sozialwissenschaftlichen Theorien insistiert die marxistisch ausgerichtete Regulationstheorie darauf, dass sich gesellschaftliche Strukturen nicht nur durch Modernisierung, funktionale Ausdifferenzierung, staatliche Politik oder Krisen verändern, sondern als intendierte oder nicht-intendierte Folge sozialer Auseinandersetzungen.

Die vorliegende Publikation hat das Ziel, das Potenzial der Regulationstheorie dahingehend auszuloten, die aktuelle Krise genauer zu verstehen. Hier stellt sich die Frage, ob die Regulationstheorie, die in Zeiten einer Krise entstanden ist, einen besonderen Vorteil hat, die heutige Vielfachkrise zu erklären. Oder sind ihre theoretischen Grundlagen und methodischen Werkzeuge, die in den 1970er Jahren entwickelt wurden, heute überholt? Müsste, und wenn ja, wo, die Regulationstheorie an anderen Theorien andocken, um auch heute noch einen Beitrag zur gesellschaftskritischen Wissenschaft zu leisten? Wie lässt sich die Regulationstheorie einsetzen, um unterschiedliche gesellschaftliche Felder und die in diesen stattfindenden Umbrüche zu analysieren?

Dieser Band geht auf eine Tagung mit dem Titel „Regulationstheorie in der Krise?“ zurück, die im Juli 2010 vom Karl Renner-Institut und dem Institut für

Politikwissenschaft der Universität Wien organisiert wurde und bei der viele der hier aufgeworfenen Fragen von den über fünfzig Teilnehmenden intensiv diskutiert wurden. Neben den AutorInnen dieses Bandes und den TeilnehmerInnen an der Tagung danken wir Nina Abrahamczik, Gerlinde Churavy, Martin Janata, Martin Konecny und Felix Wiegand, die das Treffen vorzüglich organisiert haben, sowie dem Karl-Renner-Institut und dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien für die finanzielle Unterstützung. Hinsichtlich der Publikation des Bandes sind wir dem Netzwerk Wissenschaft der Arbeiterkammer Wien aufgrund der finanziellen Förderung des Bandes zu Dank verpflichtet, Patricia Huber für die organisatorische Unterstützung und das Lektorat und Lukas Neißl für die sachkundige Übersetzungsarbeit. Und schließlich danken wir dem Verlag Westfälisches Dampfboot und insbesondere Günter Thien für die Publikation des Bandes und die Geduld mit einem sich zeitlich in die Länge ziehenden Projekt.

### Literatur

- Aglietta, Michel (2000a): A theory of capitalist regulation. The US experience, London/New York.  
– (2000b): Ein neues Akkumulationsregime – Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg.
- Alnasser, Sabah (2004): Periphere Regulation. Münster.
- Amin, Ash (Hg.) (1994): Post-Fordism. A Reader. Oxford.
- Atzmüller, Roland (2004): Arbeit an der Veränderung – Überlegungen zur Staatstheorie im Postfordismus; in: grundrisse – Zeitschrift für linke Theorie & Debatte, Nr. 12/2004 ([http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12roland\\_atzmueller.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse12/12roland_atzmueller.htm)).
- Becker, Joachim (1998): Der kurze Traum der immerwährenden Demokratie, in: Kurswechsel, 1, 11-22.
- (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Zur kritischen Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie, Marburg.
- (2003): Beiderseits des Rheins. Regulationstheorie und emanzipatorische Politik; in: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.), Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster, 58-75.
- (2012): Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU; in: Prokla, 42, 168, 167-176.
- Becker, Steffen/Sablowski, Thomas/Schumm, Wilhelm (Hg.) (1997): Jenseits der Nationalökonomie. Weltwirtschaft und Nationalstat zwischen Globalisierung und Regionalisierung, Hamburg.
- Boyer, Robert (2000): Is a finance-led growth regime a viable alternative to Fordism? A preliminary analysis, in: Economy & Society, 29, 1, 111-145.
- (2011): Les financiers détruiront-ils le capitalisme? Paris.
- Brand, Ulrich (2000): Nichtregierungsorganisationen, Staat und ökologische Krise. Konturen kritischer NRO-Forschung. Das Beispiel der biologischen Vielfalt, Münster.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster.
- Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.) (2003): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes, Münster.

- Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannakulam, John/Stützle, Ingo (Hg.) (2006): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, Münster.
- Bruch, Michael/Krebs, Hans-Peter (Hg.) (1996): Unternehmen Globus. Facetten nachfordistischer Regulation, Münster.
- Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik, Hamburg.
- Chorus, Silke (2012): Care-Ökonomie im Postfordismus, Münster.
- Demirović, Alex (2003): Stroboskopischer Effekt und die Kontingenz der Geschichte. Gesellschaftstheoretische Rückfragen an die Regulationstheorie; in: Brand/Raza 2003, 43-57.
- (2008): Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie, Münster.
- Demirović, Alex/Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat (Hg.) (2010): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis, Baden.
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.) (2011): VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Münster.
- Demirović, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hg.) (1992): Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß, Münster.
- Demirović, Alex/Sablowski, Thomas (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa; in: Prokla, 42, 168, 77-106.
- Deppe, Frank/Dörre, Klaus/Roßmann, Witich (1989): Gewerkschaften im Umbruch, Berlin.
- Deppe, Frank (2012): Gewerkschaften in der Großen Transformation: Von den 1970er Jahren bis heute. Eine Einführung. Köln.
- Dörre, Klaus/Röttger, Bernd (2003): Das neue Marktregime – Zwischenbilanz einer Debatte; in: Dörre, Klaus/Röttger, Bernd (Hg.), Das neue Marktregime. Konturen eines nachfordistischen Produktionsmodells, Hamburg, 312-323.
- Esser, Josef/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hg.) (1994): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie. Hamburg.
- Görg, Christoph (1994): Der Institutionenbegriff in der Theorie der Strukturierung; in: Esser u.a. 1994, 31-84.
- (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster.
- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte, Hamburg.
- Guttman, Robert (1994): How Credit-money Shapes the Economy. The United States in a Global System. Armonk.
- Heeg, Susanne (2001): Politische Regulation des Raums. Metropolen – Regionen – Nationalstaat, Berlin.
- Hirsch, Joachim (1980): Der Sicherheitsstaat. Frankfurt/M.
- (1990): Kapitalismus ohne Alternative. Materialistische Gesellschaftstheorie und Möglichkeiten einer sozialistischen Politik heute, Hamburg.
- (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus., Edition ID-ARChiv, Berlin/Amsterdam.
- (2001): Weshalb Periodisierung?; in: Candeias, Mario (Hg.), Ein neuer Kapitalismus?, Hamburg, 41-47.
- (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg.

- Hübner, Kurt (1988): Die Krisentheorien der Regulationisten; in: Mahnkopf, Birgit (Hg.), *Der gewendete Kapitalismus. Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation*, Münster, 29-73.
- Jenson, Jane (1987): Rebel Sons: The Regulation School. An Interview with Alain Lipietz, Vol 5, I13; in: *French Politics and Society*, 5, 4.
- Jessop, Bob (1990a): Regulation theories in retrospect and prospect; in: *Economy and society*, 19, 2, 153-216.
- (1990b): *State Theory. Putting Capitalist States in their Place*, Pennsylvania.
- (1992): Regulation und Politik, in: Demirović et al. 1992, 232-262.
- (2002): *The Future of the Capitalist State*, Cambridge/Oxford/Malden.
- Jessop, Bob/Sum, Ngai-Ling (2006): Beyond the regulation approach. Putting capitalist economies in their place, Cheltenham.
- Jürgens, Ulrich/Naschold, Frieder (1983): Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit, in: *PVS Sonderheft Nr.5*.
- Kohlmorgen, Lars (2004): Regulation, Klasse, Geschlecht. Die Konstituierung der Sozialstruktur im Fordismus und Postfordismus, Münster.
- Lipietz, Alain (1992): Vom Althusserismus zur „Theorie der Regulation“; in: Demirović u.a. 1992, 9-54.
- (1998): Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Ausgewählte Schriften. Herausgegeben von Hans-Peter Krebs, Hamburg.
- Lüthje, Boy (2001): Standort Silicon Valley. Ökonomie und Politik der vernetzten Massenproduktion. Studienreihe des IfS Frankfurt, Frankfurt a.M./New York.
- Lutz, Burkart (1984): Der kurze Traum von der immerwährenden Prosperität, Frankfurt a.M./New York.
- Mahnkopf, Birgit (Hg.) (1988): *Der gewendete Kapitalismus – Kritische Beiträge zur Theorie der Regulation*, Münster.
- Menz, Wolfgang/Becker, Steffen/Sablowski, Thomas (1999): Shareholder Value gegen Belegschaftsinteressen. Der Weg der Hoechst AG zum „Life-Sciences“-Konzern. Hamburg.
- Peck, Jamie (1996): *Work-Place. The social regulation of labor markets*, New York/London.
- Röttger, Bernd (2001): New Economy – Old Theory. Die Regulationstheorie am Ende der Fahnenstange?, in: *sopos – Sozialistische Positionen – Beiträge zu Politik, Kultur und Gesellschaft* ([www.sopos.org/aufsaetze/3b61aaae86a58/1.phtml](http://www.sopos.org/aufsaetze/3b61aaae86a58/1.phtml)) (Zugriff am 15.04.2003)
- (2003): Verlassene Gräber und neue Pilger an der Grabesstätte. Eine neo-regulationistische Perspektive; in: Brand/Raza 2003, 18-42.
- Ruddick, Susan (1992): Das Gesellschaftliche konstruieren: Armut, Geschlechterverhältnisse und Familie im Goldenen Zeitalter, in: Demirović et al. 1992, 290-303.
- Sablowski, Thomas (2003): Entwicklungstendenzen und Krisen des Kapitalismus, in: Demirović, Alex (Hg.), *Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie*, Weimar, S. 101-130
- Sauer, Dieter (2005): *Arbeit im Übergang: Zeitdiagnosen*, Hamburg.
- Wissen, Markus (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen, Münster.

Ulrich Brand / Markus Wissen

## Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus: zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen<sup>1</sup>

### 1. Einleitung

In den letzten Jahren ist es zu einer Repolitisierung der ökologischen Krise im globalen Norden gekommen. AkteurInnen dieses Prozesses sind nicht in erster Linie soziale Bewegungen, sondern staatliche Apparate, wissenschaftliche Einrichtungen und Unternehmen. Allerdings bewegen sich diese Akteure auf einem Terrain, das durch die Kritik sozialer Bewegungen erst geschaffen worden ist. Gleichzeitig verschieben sie das Terrain: Sie warnen vor der Knappheit von Ressourcen und Senken<sup>2</sup> und entdecken genau darin neue ökonomische Möglichkeiten. Elektromobilität, Agrartreibstoffe und andere erneuerbare Energien gelten als vielversprechende Geschäftsfelder. Es geht hier nicht einfach um einen gesellschaftlichen Teilbereich – die Umweltpolitik oder die Ökoindustrie. Vielmehr zeigt sich in der Repolitisierung der ökologischen Krise die Suche nach einer Neuorientierung der bestehenden Produktions- und Konsummuster im Rahmen einer *Green Economy*.

Angetreten mit dem Anspruch, die Degradation der natürlichen Lebensgrundlagen mittels einer öko-kapitalistischen Modernisierung aufzuhalten, konstituiert die Green Economy ein Begriffsfeld, das ähnlich wie vor zwanzig Jahren jenes zu nachhaltiger Entwicklung einen *Korridor des politisch Möglichen und Plausiblen* bildet und damit gleichzeitig Alternativen verdunkelt bzw. unmöglich und irrational erscheinen lässt. Strategien der Green Economy können ganz wesentlich zur Durchsetzung einer neuen kapitalistischen Formation beitragen, die die in die Krise geratene alte Formation – die postfordistisch-neoliberale – beerben könnte. Wir schlagen für die neue Formation die Bezeichnung grüner Kapitalismus vor (vgl. auch Kaufman/Müller 2009).

---

1 Wir danken Roland Atzmüller, Lukas Oberndorfer und Thomas Sablowski für hilfreiche Anmerkungen.

2 Als „Senken“ werden Systeme bezeichnet, die mehr von einem Schadstoff absorbieren, als sie an ihre Umwelt abgeben, im Fall von CO<sub>2</sub> etwa Wälder und Ozeane.

Eine wichtige, im Folgenden zu untersuchende Frage lautet, wie sich diese Prozesse in Richtung eines grünen Kapitalismus genau begreifen und erklären lassen und welche Strategien unter welchen Bedingungen politisch, ökonomisch, aber auch kulturell gangbar sind. Uns interessieren also die Möglichkeiten und Elemente einer neuen – enorm ungleichzeitigen und räumlich ungleichen – „historischen Fundsache“. Eher ausblickend fragen wir, wie die Entwicklungen von einem sozial-ökologischen und radikaldemokratischen Standpunkt aus einzuschätzen sind.

Wir gehen davon aus, dass eine (staats- und hegemonietheoretisch erweiterte) regulationstheoretische Perspektive wichtige Einsichten in diese Problematik vermittelt. Die aktuellen Debatten um eine Green Economy weisen auf die Interessen von AkteurInnen, auf gesellschaftliche Diskurse sowie auf Selbstverständlichkeiten und Pfadabhängigkeiten hin (vgl. Brie 2009; Bullard 2011; Brand 2009; Candeias 2011; Überblick in Adler/Schachtschneider 2010). Erste Forschungen gehen darauf ein, inwieweit ein grünes Projekt gangbar ist und sich ein „grüner Machtblock“ ausbildet (Kaufmann/Müller 2009; Haas/Sander 2013). Sozialwissenschaftliche Forschung, welche die aktuellen gesellschaftlichen wie sozial-ökologischen Transformationsdynamiken begreifen möchte, muss darüber hinaus aber die widersprüchlichen und sich gegebenenfalls über einen gewissen Zeitraum stabilisierenden gesellschaftlichen Verhältnisse – sozio-ökonomische, politische, kulturelle, subjektive – in ihrem Zusammenhang in den Blick nehmen.

Hier halten wir die Regulationstheorie für anschluss- und ausbaufähig. Aus unserer Sicht liegt deren spezifischer Beitrag in einer Perspektive, welche die sozio-ökonomische, politisch-kulturelle wie auch in gewisser Weise die biophysikalische „Funktionalität“ eines sich eventuell herausbildenden grünen Kapitalismus ergründet. Diese bemisst sich daran, dass Produktions- und Konsumnormen derart in Übereinstimmung gebracht werden, dass größere Über- oder Unterproduktionskrisen vermieden bzw. Mechanismen der räumlichen, sachlichen und/oder sektoralen Krisenexternalisierung geschaffen werden, die die Akkumulation des Kapitals für einen bestimmten Zeitraum sichern. Hegemonie- und staatstheoretisch erweitert geraten auch die *gesellschaftliche* und *politische* Funktionalität in den Blick. Aspekte eines grünen Kapitalismus müssen mit der Lebensweise der Menschen – ihren Praktiken, Wünschen, Normen – in Einklang gebracht werden und sie müssen staatlich-institutionell abgesichert werden. Es müssen auch die Bereiche der formellen geldvermittelten „marktförmigen“ Produktion und Reproduktion mit anderen Mechanismen und Bereichen gesellschaftlicher (Re-)Produktion in Einklang gebracht werden. Und schließlich geht es um die Vermeidung, effektive Bearbeitung oder raum-zeitliche Verschiebungen manifester sozial-ökologischer Krisen.

Die Durchsetzung von Elementen eines grünen Kapitalismus ist ein konfliktiver Prozess, doch die staatlich-politische Dimension ihrer Hegemonie würde daran deutlich werden, dass die Terrains und Formen der Konfliktaustragung von den

unterschiedlichen AkteurInnen weitgehend akzeptiert werden. Kräfteverhältnisse, in denen „grüne“ Akteure oder zunehmend grüne Orientierungen „traditioneller“ AkteurInnen eine Rolle spielen, werden in gewisser Weise stabilisiert und mit kapitalistischen Imperativen wie Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit, mit Verteilungsspielräumen für Unternehmen und Staat sowie mit einer selektiven Bearbeitung der ökologischen Krise vereinbar gemacht.

Indem wir die Green Economy als eine von relevanten gesellschaftlichen Kräften verfolgte *Strategie* und den grünen Kapitalismus als ein mögliches hegemoniales kapitalistisches *Projekt* untersuchen (vgl. auch Brand 2012), nehmen wir auch die Debatte über das Verhältnis von Regulationstheorie und politischer Ökologie wieder auf. Im deutschen Sprachraum wurde diese Debatte vor allem um die Frage geführt, inwieweit die von den französischen Regulationisten identifizierten, die Regulationsweise konstituierenden fünf strukturellen Formen – das Lohnverhältnis, die Form der Konkurrenz, die Geldrestriktion, die Form des Staates und die Form der Eingliederung einer nationalen Ökonomie in den Weltmarkt (Becker 2002, 102, im Anschluss an Boyer 1990, 37ff.) – um eine sechste, nämlich die „ökologische Restriktion“, ergänzt werden sollten.<sup>3</sup> Im Unterschied dazu geht es uns im Folgenden allerdings weniger um eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Regulationstheorie als darum, ihr zeitdiagnostisches Potenzial auszuloten. Das kann natürlich durchaus dazu führen, einen Bedarf an konzeptioneller Weiterentwicklung zu diagnostizieren.

*Dass* die Regulationstheorie über ein solches Potenzial gerade auch im Hinblick auf sozial-ökologische Transformationsprozesse verfügt, ergibt sich aus ihrem Interesse an den in Raum und Zeit verschiedenen Konkretionen der kapitalistischen Produktionsweise, die sie mit Hilfe ihrer intermediären Kategorien (Regulationsweise, strukturelle Form, Akkumulationsregime) analysiert. Diese machen sowohl eine Verschärfung als auch eine Bearbeitung ökologischer Widersprüche denkbar. Darauf hat Alain Lipietz als ein Regulationstheoretiker, der sich schon früh mit der Ökologie-Problematik beschäftigt hat (Lipietz 1992), hingewiesen. Das unterscheidet die Regulationstheorie etwa vom Ökomarxismus, der – anstatt der sich wandelnden Entwicklungsweisen des Kapitalismus mit ihren je spezifischen Manifestationen bzw. Latenzen ökologischer Widersprüche – die *grundlegende*, auf der Dominanz des Tauscherts beruhende ökologische Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise fokussiert und deren dominante bzw. hegemoniale Bearbeitung für

---

3 Eine solche strukturelle Form sollte der Tatsache Rechnung tragen, dass kapitalistische Produktion nicht nur monetären, sondern auch physisch-materiellen Restriktionen unterliege. Siehe hierzu Becker/Raza 2000 sowie Raza 2003, kritisch: Görg 2003b.

wenig wahrscheinlich hält (siehe hierzu die Kritik von Lipietz an James O'Connor, Lipietz 1998, 67 f.; siehe auch Zuindeau 2007).<sup>4</sup>

Im folgenden zweiten Abschnitt setzen wir uns kritisch mit dem Konzept der Green Economy auseinander, wie es in einschlägigen Dokumenten und der Literatur über ökologische Modernisierung propagiert wird. Im dritten Abschnitt skizzieren wir eine regulationstheoretische Perspektive auf sozial-ökologische Fragen, aus der wir im vierten Abschnitt die Konturen eines grünen Kapitalismus als einer möglichen neuen kapitalistischen Formation zu bestimmen versuchen. Im fünften und letzten Abschnitt folgt eine Einschätzung des grünen Kapitalismus unter sozialen, ökologischen und demokratiepolitischen Gesichtspunkten. Wir wissen, dass unsere zeitdiagnostischen Aussagen aufgrund der gegenwärtigen Dynamiken unsicher sind. Daher sind die folgenden Überlegungen eher als Forschungsprogramm zu verstehen.

## 2. Die Green-Economy-Debatte

Die Green Economy ist in jüngerer Zeit in einer Reihe von programmatischen Konzepten als ein Ansatz zur Überwindung der multiplen Krise propagiert worden. Obwohl sich die Konzepte in ihrer Reichweite, den vorgeschlagenen Instrumenten oder der Einschätzung der AkteurInnen des Transformationsprozesses unterscheiden, stimmen sie darin überein, dass es sich bei der Green Economy um eine soziale, ökologische und ökonomische Win-Win-Konstellation handelt. So diagnostiziert die UNEP neben ökologischen und Wachstumschancen vor allem die Möglichkeit der Armutsbekämpfung und des Ausgleichs zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden. Wachstum könne mit ökologischen und sozialen Zielen versöhnt werden: „the greening of economies is not generally a drag on growth but rather a new engine of growth; [...] it is a net generator of decent jobs, and [...] it is also a vital strategy for the elimination of persistent poverty“ (UNEP 2011b, 3). Die OECD (2011) sieht in einem *greening* der Ökonomie eine „Doppelstrategie von Innovation und Krisenvermeidung“ (Jänicke 2011, 5). Und eine Studie für das deutsche Bundesumweltministerium betont, dass eine ambitionierte Klimapolitik aufgrund der dadurch induzierten Investitionen (etwa auf dem Bausektor) sogar ein höheres Wachstum zeitigen würde als ein *business as usual* (vgl. Jaeger et al. 2011).

---

4 Goodwin und Painter skizzieren die Spezifik der regulationstheoretischen Perspektive im Kontext Marxscher und marxistischer Theorie sehr anschaulich: „Thus, the work of Marx allows us to identify Japan, the United States, and Brazil as ‘capitalist’ countries. It also justifies labeling as capitalist both late 19th century capitalism and late 20<sup>th</sup> century capitalism. By contrast, a regulationist perspective can help explain how and why capitalism is different in each country and how and why capitalism in the late 19th century differs from capitalism today.“ (1997, 16)

Diese Konzepte korrespondieren sehr stark mit dem, was in der sozialwissenschaftlichen Debatte seit längerem unter dem Begriff der ökologischen Modernisierung firmiert (vgl. Huber 2011; Mol et al. 2009), werfen allerdings auch ähnliche Probleme auf wie dieser. Zum einen wird in nahezu allen Konzepten eine starke Steuerungsfähigkeit des Staates bzw. von Governance vorausgesetzt: „good economic policy lies at the heart of any strategy for green growth“, heißt es etwa in der Green Growth Strategy der OECD (2011, 10). Meist wird auch die wichtige Rolle internationaler Kooperation in Gestalt von multilateralen Umweltabkommen wie dem Kyoto-Protokoll der UNFCCC betont (vgl. UNEP 2011b, 33 ff.). Was fehlt, ist eine Reflexion über die systematischen Grenzen staatlicher Steuerungsfähigkeit und die aktuelle Krise multilateraler Umweltpolitik (vgl. Wissen 2010).<sup>5</sup>

Zum anderen fehlt es an einem angemessenen Begriff dessen, was es zu verändern gilt. In den meisten Studien wird kaum genauer bestimmt, was der gesellschaftliche Gehalt der zu bearbeitenden Probleme bzw. Krisen eigentlich ist. Auf der beschreibenden Ebene sind es die übernutzten Erdsysteme wie die Landoberfläche oder unter der Erde lagernde Naturelemente, die Atmosphäre oder Ozeane. In der Regel erschöpfen sich die Diagnosen im Problem der Übernutzung von Ressourcen und Senken, insbesondere der Atmosphäre durch überhöhte CO<sub>2</sub>-Emissionen. Auch die analytisch wohl gehaltvollste und strategisch am weitesten reichende Studie, jene des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU 2011) über die Notwendigkeit einer neuen großen Transformation, beschränkt sich darauf, „Megatrends“ wie den Klimawandel, die Urbanisierung oder die Rohstoffverknappung zu konstatieren, ohne diese analytisch an grundlegende Dynamiken kapitalistischer Vergesellschaftung rückzubinden. Dadurch kommt es zu einer wichtigen Verkürzung, die Rainer Rilling präzise auf den Punkt bringt: Es geht zwar darum, „den Kapitalismus [zu] verändern – aber eben nur halb: sein Industrialismus und dessen energetische Basis sollen dabei im Zentrum stehen, nicht seine politische Ökonomie.“ (Rilling 2011, 16)<sup>6</sup>

---

5 Auf den ersten Blick weniger staatszentriert ist der Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU): Er diagnostiziert durchaus eine Krise der Global Governance, benennt die mächtigen Interessen, die einer „großen Transformation“ entgegenstehen und weist zivilgesellschaftlichen „Pionieren des Wandels“ eine zentrale Rolle zu. Aber auch hier ist es wesentlich der „gestaltende Staat“, der die Weichen für den Strukturwandel stellt, bzw. ist es die internationale Staatengemeinschaft, die der Transformation unerlässliche Impulse gibt. (WBGU 2011)

6 Es geht hier um dieselben Auslassungen, wie sie Elmar Altvater schon 1996 an der Studie des Wuppertal Instituts über ein „zukunftsfähiges Deutschland“ kritisiert hat: „Ist es, so kann man zuspitzen, zulässig, von ökologischer Nachhaltigkeit zu sprechen und vom Kapitalismus zu schweigen, eine ökologische Revolution – denn nichts anderes verlangen

Genau in diesen Auslassungen liegt aber der Schlüssel zu einem Verständnis der Green Economy-Debatte und der mit ihnen korrespondierenden sozio-ökonomischen und politischen Neuorientierungen. Es handelt sich um eine Strategie, die den aktuell stattfindenden Suchprozessen der Wiedergewinnung kapitalistischer Dynamik eine Art plausiblen Korridor des Möglichen zu geben versucht. Sie könnte Bestandteil einer *passiven Revolution* im Sinne Gramscis werden, nämlich einer von den herrschenden Kräften angeleiteten Transformation hin zu einem grünen Kapitalismus.

### 3. Regulationstheorie und Politische Ökologie

Eine staats- und hegemonietheoretisch erweiterte Regulationstheorie kann für ein Verständnis der aktuellen Suchprozesse in Richtung eines grünen Kapitalismus und für eine Einschätzung ihrer sozialen, ökologischen, ökonomischen und demokratiepolitischen Implikationen hilfreich sein. Sie bewahrt *erstens* vor einem nicht angebrachten Steuerungsoptimismus, wie er in den Green-Economy-Konzepten vorherrscht, indem sie (staatliche) *Regulierung*, verstanden als intentionale politische Steuerung, im Kontext eines übergreifenden Prozesses von *Regulation*, verstanden als komplexe Form der Bearbeitung gesellschaftlicher Widersprüche, bei der das Kontingente und *Nicht-Intendierte* zentral sind, verortet. Regulierung findet durchaus statt, aber immer im Kontext gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und Strukturen, ohne die die spezifischen Inhalte, Formen und Wirkungen von Regulierung nicht begriffen werden können. Politische Regulierung ist Bestandteil eines viel komplexeren Prozesses der Regulation, einer institutionalisierten Austragung von sozialen Konflikten, die gewährleistet, dass sich soziale Verhältnisse trotz ihrer Widersprüchlichkeit reproduzieren – oder auch wegen dieser Widersprüchlichkeit und der ihr innewohnenden Dynamik, die durch Regulation für die Kapitalakkumulation produktiv gemacht wird. Dies geschieht, ohne dass die gesellschaftlichen AkteurInnen bei ihren vielfältigen Entscheidungen „notwendigerweise die Logik des gesamten Systems zu berücksichtigen hätten“ (Hübner 1989, 155).<sup>7</sup>

Eine kritische Analyse von Staat und Governance ergründet die Herrschaftsförmigkeit von staatlicher Politik bzw. Governance als Strukturmuster moderner Gesellschaften. Nicht-nachhaltige Entwicklungsdynamiken sind nicht einfach ein sozio-ökonomisches Problem, das sich staatlich-politisch beheben ließe, sie sind

---

die Reduktionsszenarien – einzufordern und politisch, ökonomisch, sozial fast alles beim Alten zu belassen?“ (Altwater 1996, 84)

7 In den Worten von Joe Painter, „regulation arises contingently, and is not necessarily, or even usually, the intended result of a deliberate strategy, though it frequently can be explained as the product of the interaction of the unintended consequences of intentional action“ (Painter 1997: 123; Herv. i. O.).

vielmehr tief in die staatlichen Apparate selbst, ihr Personal und ihre Regeln, ihre Funktionsweise und Wissen, ihre Modi und Praxen eingelassen. Bestimmte Interessen werden eher bedient als andere, staatliche Politik bzw. Governance sichert tendenziell die herrschenden sozialen Verhältnisse ab.<sup>8</sup>

*Zweitens* liegt eine zentrale Stärke der Regulationstheorie darin, dass sie es ermöglicht, präziser zu bestimmen, *was* ökologisch modernisiert bzw. transformiert werden soll. In der Regulationstheorie sind der zu untersuchende Gegenstand weniger „die Umwelt“, „der Umweltraum“, die „planetarischen Grenzen“ oder übernutzte Ressourcen und Senken, sondern die herrschaftlich strukturierten und den gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang materiell wie symbolisch konstituierenden und dynamisierenden *sozialen Verhältnisse* (inklusive der Naturverhältnisse). Diese reproduzieren und verändern sich auf komplexe Weise, etwa durch die gesellschaftlichen Formen der Arbeitsteilung, Produktion und Konsum, Geschlechter- und rassifizierte Verhältnisse, Subjektivitäten und politische Verhältnisse.

In den Blick geraten damit die gesellschaftlichen Formen der Aneignung von Natur: also die Formen, wie gesellschaftliche Basisbedürfnisse wie Ernährung und Wohnen, Mobilität und Kommunikation, Gesundheit und Fortpflanzung materiell und symbolisch befriedigt werden (vgl. Becker/Jahn 2006; Becker et al. 2011; Görg 2003a). Das hat etwas mit gesellschaftlicher Arbeitsteilung, Preisentwicklungen, politischen Rahmenbedingungen oder Orientierungen an einem „attraktiven Leben“ zu tun.

Bezieht man die Regulationstheorie auf sozial-ökologische Strukturen und Prozesse, dann führt dies zur Erkenntnis, dass kapitalistische Gesellschaften ihre Naturaneignung auf eine Weise organisieren können, dass die ihnen innewohnenden ökologischen Widersprüche temporär bearbeitbar werden. Die gesellschaftliche Regulation widersprüchlicher Naturverhältnisse ist möglich und findet real statt (Lipietz 1998; Görg 2003a; Brand/Görg/Hirsch/Wissen 2008; Brand/Wissen 2011a). Regulation bedeutet nicht die Aufhebung der tendenziell zerstörerischen Aneignung von Natur; und auch nicht die Beseitigung sozialer Herrschaft. Doch Naturzerstörung wird nicht notwendigerweise zum Problem kapitalistischer Entwicklung insgesamt, denn gefährdende negative Konsequenzen können zeitlich in die Zukunft verschoben und räumlich externalisiert werden. Das sehen wir etwa beim Klimawandel, dessen Wirkungen aus der Perspektive des globalen Nordens trotz aller Unsicherheit in Zukunft auftreten bzw. auf vulnerable Orte (im globalen Süden) verlagert werden. Die ökologische Krise stellt deshalb nicht per se die grundlegenden kapitalistischen Strukturen und Entwicklungsdynamiken infrage. Hinsichtlich der möglichen Knappheit von Ressourcen können wir zudem beobachten: In einer Gemengelage

---

8 Vgl. Poulantzas 1978; Jessop 1990; 2007; Aronowitz/Bratsis 2006; Hirsch 2005; Sauer 2001; Brand 2009; Demirović et al. 2009; Bretthauer et al. 2006; Wissen 2011.

globaler Knappheitserwartungen und lokaler Inwertsetzungsstrategien impliziert die Regulation der Naturverhältnisse heute neue Explorationen über Ölsand oder Gas aus Schiefergestein, Treibstoffe aus Biomasse und die damit einhergehende Kontrolle und Nutzung von Land oder den partiellen Umstieg auf Solarenergie.

Es wäre mithin verkürzt, biophysikalische Knappheiten per se zu einer Frage der Fortdauer des Kapitalismus zu machen. Denn Knappheiten und die mit ihnen einhergehenden Probleme können unter kapitalistischen Vorzeichen herrschaftsförmig bearbeitet werden: als räumliche und zeitliche Externalisierung zu Bedingungen, die von dominanten politischen und ökonomischen Gruppen formuliert und durchgesetzt werden. Historische Erfahrungen zeigen, dass es durchaus gelingen kann, sich auf ökologische Gefährdungen einzustellen und auf ihre Politisierung zu reagieren. Beispiele sind die Entwicklung von Umweltschutz-Technologien zur Bearbeitung der ökologischen Folgen fordristischer Produktions- und Konsummuster oder die Institutionalisierung von Umweltpolitik in staatlichen Apparaten auf nationaler, supranationaler und internationaler Ebene. Das Resultat kann dann, wie Christoph Görg im Hinblick auf die postfordistische Regulation der biologischen Vielfalt konstatiert, eine „reflexiv gebrochene Strategie der Naturbeherrschung“ sein (Görg 2003c: 130). Eine starke Bedingung liegt darin, Kapitalakkumulation zu ermöglichen oder zumindest nicht zu gefährden bzw. – wenn letzteres der Fall ist – eine hohe Konfliktbereitschaft der in ihrer Verwertung gefährdeten Einzelkapitale zu riskieren.

Wird die Materialität der Naturverhältnisse – insbesondere die Verfügbarkeit von Ressourcen und die Überlastung von Senken – zu einem funktionalen Problem der vorherrschenden Muster von Kapitalakkumulation, was sich etwa in steigenden Preisen oder der banalen Nicht-Verfügbarkeit von Ressourcen ausdrückt, dann hat dies Auswirkungen auf die Art und Weise der Formulierung und Durchsetzung von Klassenkompromissen. Ein Beispiel hierfür ist, wenn etwa Energie- und Rohstoffpreise steigen oder Ressourcenrenten für staatliche Haushalte abnehmen.

In der historisch-materialistischen Theorie wird die Entwicklung, die daraus resultieren kann, auch mit dem Begriff der „passiven Revolution“ von Antonio Gramsci gefasst (1991ff., 966; vgl. auch Candeias 2011; Showstack Sassoon 2001). Der Begriff unterstreicht, dass unter Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise und entsprechender Kräfteverhältnisse die Formen der Krisenbearbeitung tendenziell mit den bestehenden grundlegenden Verhältnissen – bei allen Änderungen im Einzelnen – in Einklang bleiben. Dies impliziert die Kooptation oder den Übertritt wichtiger politischer Persönlichkeiten oder Gruppen der Führung der untergeordneten Klassen oder die Marginalisierung bestimmter Kräfte, die sich bewusst den herrschenden Entwicklungen widersetzen oder jenen aus anderen Gründen entgegenstehen. Eine erfolgreiche passive Revolution mündet in eine Modernisierung der kapitalistischen Produktionsweise, in ein neues hegemoniales Projekt. Die Green-Economy-Strategie und das Projekt eines grünen Kapitalismus sind vor diesem Hintergrund zu sehen.

Allerdings verstehen wir passive Revolution nicht dahingehend, dass sie notwendigerweise mit gesellschaftlichem Fortschritt einhergeht, wie das bei Gramsci selbst in seiner Analyse Italiens und in vielen Fordismus-Analysen der Fall ist. Modernisierung kann hochgradig selektiv sein und führt nicht notwendig zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen für Bevölkerungsmehrheiten (so auch Showstack Sasoon 2001 bei ihrer Analyse der neoliberalen Globalisierung als passiver Revolution“).

#### 4. Konturen eines grünen Kapitalismus

Aus regulationstheoretischer Perspektive lassen sich nicht nur *ex post* geronnene soziale Verhältnisse und Dynamiken, mehr oder weniger kohärente Entwicklungsweisen und deren Krisen untersuchen. Es können auch prospektiv mögliche Momente der Verstetigung, d.h. *potenziell* historische Fundsachen, analysiert werden. Hierfür müssen Strategien, reale Handlungen und (sich verändernde) Strukturen in den Blick genommen werden. Es geht uns also weniger um Prognosen oder Szenarien (vgl. etwa Raskin 2011), sondern um die Ergündung von Möglichkeitsbedingungen.

Um den Möglichkeitsraum eines grünen Kapitalismus zu skizzieren, muss an aktuellen Strukturen und Entwicklungen angesetzt werden, genauer an der Krise der postfordistisch-neoliberalen Formation des Kapitalismus. Auch wenn die genaue Bestimmung dieser Formation aus regulationstheoretischer Perspektive immer umstritten war (vgl. Candeias/Deppe 2001), so besteht Einigkeit im Hinblick auf die hohe Bedeutung neoliberaler Kräftekonstellationen und neoliberal geprägter Institutionen (etwa Notenbanken, die eine monetaristische Geldpolitik betreiben) sowie auf die Zentralität des Finanzkapitals als eines zentralen Merkmals des postfordistischen Akkumulationsregimes (vgl. Sablowski 2009 und den Beitrag von Joachim Becker in diesem Band). Im Hinblick auf die physisch-materiellen Dimensionen ist es wichtig zu betonen, dass wir es zwar einerseits mit der Herausbildung „postfordistischer Naturverhältnisse“ (Brand/Görg 2003) zu tun haben, die – etwa basierend auf den Biotechnologien – eine Aneignung von Natur ohne deren großflächige Zerstörung ermöglichen, dass dies aber andererseits überlagert wird von der Kontinuität und globalen Ausbreitung ressourcenintensiver fossilistisch-fordistischer Produktions- und Konsummuster; vor allem Automobilität und industrielle Landwirtschaft.

Eben diese beiden Merkmale – das „finanzdominierte Akkumulationsregime“ und die fossilistischen Produktions- und Konsummuster – befinden sich aktuell in einer tiefen Krise. Aus einer regulationstheoretischen Perspektive ist die Krise des finanzdominierten Akkumulationsregimes eine Überakkumulationskrise. Die Krise der Produktions- und Konsummuster äußert sich vor allem in der Ressourcen- und Senkenproblematik und wird durch den Aufstieg der Schwellenländer verschärft.

Diese Spezifik der Krise zu berücksichtigen, ist für ein Verständnis der Green Economy wichtig, denn die Krise ist nicht nur der Ausgangspunkt der Suchpro-

zesse im Hinblick auf eine neue kapitalistische Formation, sondern sie strukturiert diese Suchprozesse auch in einer gewissen Weise vor, und zwar in Richtung einer intensivierten *Inwertsetzung* von Natur und einer *Ökonomisierung* der ökologischen Krisenbearbeitung (so auch schon Raza 2003, 166 ff.), die durchaus neue Wachstumspotenziale erschließen könnte, die aber gleichzeitig sozial und räumlich höchst exklusiv sein dürfte.

Die Green-Economy-Strategie deutet darauf hin, dass die Inwertsetzung von Natur tatsächlich konstitutiv für die Krisenbearbeitung und damit für die Herausbildung einer neuen kapitalistischen Formation werden könnte, eben weil sie an der Schnittstelle verschiedener Krisenphänomene liegt. Letztere scheinen in einer Weise zu interagieren, dass insbesondere eine Dimension der ökologischen Krise, nämlich die Energie- und Ressourcen-Krise, wozu wird auch Nahrungsmittel zählen, Ansatzpunkte für eine Überwindung der ökonomischen Krise bilden. Denn sie signalisieren eine Knappheit wichtiger Waren bzw. von natürlichen Elementen, die sich in Waren verwandeln ließen (z.B. Land, das sich für die Produktion von Lebensmitteln oder Agrartreibstoffen nutzen ließe, oder die Fähigkeit von Wäldern, CO<sub>2</sub> zu absorbieren).<sup>9</sup> Diese Entwicklung wird noch dadurch unterstrichen, dass die rasche Ausbreitung nördlicher Produktions- und Konsummuster auf die Mittel- und Oberklassen von Ländern wie China oder Indien, die Nachfrage nach fossiler Energie, Biomasse, Metallen und Emissionssenkungen deutlich erhöht. Die Suchprozesse, in denen die Green-Economy-Strategie eine zentrale Rolle spielt, erscheinen aus dieser Perspektive als Kristallisationspunkt der möglichen Herausbildung einer neuen kapitalistischen Formation, die wir als „grünen Kapitalismus“ bezeichnen. Sie finden in einer Situation statt, in der sich die alte Formation – der neoliberale, finanzdominierte Kapitalismus – in einer tiefen „multiplen“ Krise befindet (vgl. Haas/Sander 2013).

Oben haben wir die Bedeutung einzelner, ungleichzeitiger Gesellschaftsformationen angesprochen. Insbesondere in Ländern wie Deutschland oder Österreich könnten sich mittelfristig grün-kapitalistische Entwicklungsmodelle durchsetzen, wenn sich – wofür es Anhaltspunkte gibt – unterschiedliche Kräfte um dieses Projekt gruppieren: Diese könnte unter anderem grüne Kapitalfraktionen, Teile der Dienstleistungsgewerkschaften, Umwelt- und KonsumentInnenverbände umfassen, die sich auch über Parteien artikulieren und zunächst in bestimmten staatlichen Apparaten präsent sind. Dadurch werden Kompromisse mit und die Zustimmung

---

9 Dazu ein Fondsmanager: „The single best recession hedge of the next 10 or 15 years is an investment in farmland [...] Demand is going up very strongly on a global basis.“ (zitiert nach Zeller 2009, 10) Dazu kommt eine verstärkte Inwertsetzung der Senken als Strategie gegen den Klimawandel, bei der Knappheit künstlich und profitbringend geschaffen wird (Brand et al. 2013).

von Lohnabhängigen und Gewerkschaften unter Bedingungen der kapitalistischen Globalisierung geschaffen. In den USA und China deuten staatliche Krisenpolitiken darauf hin, dass auch hier Interessen an ökologischer Modernisierung wichtiger werden. In Großbritannien wiederum ist eine Diskussion um eine Green Economy eng mit dem Finanzsektor und der Frage von Finanzdienstleistungen – etwa im Bereich des Emissionshandels – verbunden. Gemessen an den Ansprüchen, wie sie in den oben genannten Strategiepapieren formuliert werden, sind die grün-ökonomische Strategien begrenzt. Es zeichnet sich ab, dass sie auf den Widerstand „brauner“ Kapitalfraktionen und fossilistischer Normalitäten, wie der hegemonialen Automobilität, stoßen. Vor allem auf dem Energiesektor gibt es entsprechende konkurrierende Strategien entlang unterschiedlicher Konfliktlinien: Die Förderung erneuerbarer Energien konkurriert (bisweilen auch: koexistiert) mit der Nutzung fossiler Rohstoffe aus „unkonventionellen“ Quellen (Öl aus Tiefseelagerstätten oder Teersanden, Gas aus tief gelegenen Gesteinsschichten, die mittels „fracking“ aufgebroschen werden), die mit dem technischen Fortschritt zugänglich werden und deren Ausbeutung mit steigenden Energiepreisen ökonomisch an Rentabilität gewinnt; und unter den Protagonisten einer Green Economy ist es durchaus umstritten, welchen Stellenwert etwa die Elektro-Automobilität gegenüber einem Ausbau des öffentlichen Personentransports einnehmen soll, inwieweit Agrartreibstoffe eine Option sind und wie sich das Verhältnis von zentralen und dezentralen Formen der Energieversorgung genau gestalten soll. Ein grüner Kapitalismus als post-neoliberales *Projekt* wird deshalb mehr oder weniger stark von der (ihrerseits umkämpften) *Strategie* der Green Economy geprägt sein – in Abhängigkeit von den räumlich unterschiedlich ausgeprägten Kräfteverhältnissen zwischen grünen und braunen Kapitalfraktionen und den ebenso unterschiedlich stark im Alltagsverstand und den Alltagspraktiken verankerten fossilistischen Konsummustern.

Inwieweit sich aus diesen Kräftekonstellationen ein neues Akkumulationsregime entwickelt, wird stark davon abhängen, wie sich das Verhältnis von Finanz- und produktivem Kapital künftig gestaltet. Es ist durchaus denkbar, dass rund um die Bearbeitung der ökologischen Krise immer neue Finanzinstrumente geschaffen werden, die überakkumuliertes Kapital absorbieren, ohne dass dabei aber eine erweiterte Reproduktion stattfindet. Der Emissionshandel und andere klimapolitische Instrumente, die nichts weiter als Investitionen in heiße Luft ermöglichen, sind Beispiele dafür. Wird dies ein dominanter Trend, dann lässt sich kaum von einem neuen Akkumulationsregime sprechen, eher handelt es sich um ein Greening des alten, finanzdominierten Regimes. Andererseits scheinen – neben ökologischen Effizienzsteigerungen in der industriellen Produktion und der Entwicklung neuer, Energie sparender Produkte – gerade in der aktuellen Krise Investitionen in die Bereiche Landwirtschaft, Biomasse und Ernährung zuzunehmen. Auch wenn es zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum möglich ist, die Bedeutung dieser Investitionen

zu quantifizieren, dürfte es sich angesichts der tendenziellen Erschöpfung fossiler Ressourcen keineswegs um eine Marginalie handeln: Wenn die Energieversorgung zunehmend von der sich kontinuierlich regenerierenden statt von der fossilen Biomasse abhängig wird (wie dies in vorindustriellen Zeiten der Fall war, vgl. Fischer-Kowalski et al. 1997), dann könnten sich Investitionen in Land als vorausschauende Strategie erweisen. Die Inwertsetzung von Natur würde zu einem zentralen Moment der Bearbeitung der ökologischen und ökonomischen Krise im Rahmen eines grünkapitalistischen Projekts – mit allen Konflikten und Ausgrenzen, mit denen dies verbunden ist.<sup>10</sup>

Weitere Fragen schließen sich an, die genauer zu analysieren wären: Ob ein Projekt im Sinne einer Entwicklungsweise gangbar wird, hängt nicht nur an technologischen und ökonomischen Faktoren sowie an Wirtschaftspolitik, sondern auch an den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und gewünschten sowie gelebten Alltagspraktiken; inklusive der Formen der Arbeitsteilung entlang multipler Linien und insbesondere der herrschaftlichen Trennung des formellen Produktions- und des Reproduktionssektors. Grünkapitalistische Projekte könnten sich in autoritären Varianten durchsetzen, aber auch – etwa in Ländern wie Deutschland oder Österreich – als grüner Korporatismus wirkmächtig werden, der größere Teile der Lohnabhängigen und ihrer Interessengruppen einbindet. Die Menschen würden darauf verwiesen, dass sie weiterhin zuvorderst ökonomische Interessen (an Gewinnen, Einkommen, Wirtschaftswachstum) haben sollten, dass „grüne Innovationen“ Wachstum, Wohlstand und Jobs bringen. Damit werden Subalternität und Herrschaft reproduziert (vgl. auch Bauriedl/Wichterich 2013).

Es müssten – in der Regulationstheorie immer unterschätzt – Mechanismen der Externalisierbarkeit sowie realen Externalisierung von negativen Aspekten wirken (etwa über die *dirty industries* in anderen Ländern, Müllexport nach Osteuropa und Afrika), um die Oligarchisierung der globalen Lebensweisen weiterhin abzusichern (zum Begriff des Externalisierungsschattens bzw. der Externalisierung als Prinzip der kapitalistischen Gesellschaftsformation, der hier verwendet werden könnte vgl. Biesecker et al. 2012).

Dies ist angesichts einer global an Attraktivität gewinnen „imperialen Lebensweise“ keineswegs ausgemacht (zum Begriff der Lebensweise und Lebensbedingungen vgl. Frosini et al. 2012). Wir erleben derzeit, dass sich Produktions- und Konsummuster, die in den Ländern des globalen Nordens hegemonial sind, „kapillar“ und gebrochen sowie mit erheblichen raum-zeitlichen Unterschieden global verallgemeinern. Das hängt mit konkreten Unternehmensstrategien, Handels-, Investitions- und Geopo-

---

10 In der Politischen Ökologie werden diese Entwicklungen unter den Begriffen „land grabbing“ und „green grabbing“ diskutiert. Siehe Hoering 2011 sowie das Schwerpunktheft des „Journal of Peasant Studies“, Vol. 39 No. 2 (2012).

litiken, aber auch mit Kaufkraft und Vorstellungen einer attraktiven Lebensweise in den Gesellschaften zusammen, in die die Produktions- und Konsummuster über den Weltmarkt diffundieren. Die imperiale Lebensweise verallgemeinert sich vermittelt über räumlich spezifische Klassen und Geschlechterverhältnisse sowie entlang von ethnischen bzw. ethnisierten Linien. Sie prägt sich deshalb räumlich unterschiedlich aus. Mit „Verallgemeinerung“ ist nicht gemeint, dass alle Menschen gleich leben, sondern dass bestimmte Vorstellungen von „gutem Leben“ und gesellschaftlicher Entwicklung existieren, die tief verankert sind. Neben räumlichen Unterschieden in der Ausprägung der imperialen Lebensweise (etwa zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden) existieren folglich auch erhebliche soziale Unterschiede (ausführlich Brand/Wissen 2011b).

Die Verallgemeinerung der imperialen Lebensweise spricht nicht gegen die Möglichkeit eines grün-kapitalistischen Projekts. Sie ist allerdings ein starkes Argument dafür, dass ein solches Projekt räumlich und sozial höchst exklusiv sein wird. Auch wenn ein grüner Kapitalismus die Ressourceneffizienz steigert und die Senkenbelastung pro Einheit des Bruttoinlandsprodukts reduziert, so ist eine absolute Entkopplung zwischen Umweltverbrauch und Wirtschaftswachstum unwahrscheinlich (vgl. Haberl et al. 2011). Auch ein grüner Kapitalismus bedarf der Externalisierung seiner sozial-ökologischen Kosten im Sinne eines „environmental fix“ (Castree 2008; Wissen 2010). Das bedeutet, dass es sich um ein exklusives Projekt handelt, das nicht verallgemeinerbar ist und deswegen immer wieder mit vertraglichen oder auch militärischen Mitteln gegen Aufsteiger aus dem globalen Süden abgesichert werden muss.

## 5. Analytisch-politischer Ausblick

Die Zeitdiagnose hinsichtlich des Stellenwerts der Green-Economy-Strategien bzw. der möglichen Konturen eines „grünen Kapitalismus“ ist analytisch voller Fragen und historisch-konkret unsicher. Es sollte aufgezeigt werden, dass auch Strategien, die an ihren formulierten Ansprüchen – hier: dem grundlegenden Umbau der Energie- und Ressourcenbasis – scheitern, dennoch historisch wirkungsmächtig werden können. Die strukturierenden Effekte des Nicht-Intendierten geraten aus einer regulations-theoretischen Perspektiven in den Blick.

Schließlich geht es aus einer kritischen sozialwissenschaftlichen Perspektive immer um die Frage der demokratischen Gestaltung gesellschaftlicher (Natur-)Verhältnisse. Dies ist eine wichtige Forschungsperspektive: Was sind etwa bereits existierende demokratische Formen der Ressourcenkontrolle, welche Konflikte waren und sind notwendig, um sie zu realisieren und wie stabilisieren sie sich institutionell? Welche Anforderungen gibt es in einem umfassenderen Sinne an die demokratische Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse? Inwieweit wirken konkrete Strategien einer Green Economy hier förderlich oder sind doch eher hinderlich?

Interessant wäre schließlich eine genauere Betrachtung sozial-ökologischer Dimensionen von Forderungen der unterschiedlichen weltweit stattfindenden Proteste, Aufstände und Veränderungsprozesse. In einigen Ländern Lateinamerikas wie Bolivien und Ecuador stehen sozial-ökologische Fragen offensichtlich auf der Agenda, in Argentinien, Brasilien und wahrscheinlich auch in Nordafrika sieht das ganz anders aus; dort dominiert ein klassischer Entwicklungskonsens. Solche Entwicklungskonsense sind zu berücksichtigen, wenn über die konkreten Formen einer sich herausbildenden grün-kapitalistischen Produktions- und Lebensweise nachgedacht wird.

### Literatur

- Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München.
- Aglietta, Michel (1979): A Theory of Capitalist Regulation. The US-Experience, London.
- Altwater, Elmar (1996): Der Traum vom Umweltraum. Zur Studie des Wuppertal Instituts über ein „zukunftsfähiges Deutschland“, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 1, 82-91.
- Bauriedl, Sybille/Wichterich, Christa (2013): Gender, Nachhaltigkeit und kapitalistische Verwertung. Anknüpfungspunkte für sozial-ökologische Transformation. Expertise für die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Becker, Egon/Hummel, Diana/Jahn, Thomas (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse als Rahmenkonzept, in: Groß, Matthias (Hg.): Handbuch Umweltsociologie, Wiesbaden, 75-96.
- Becker, Egon/Jahn, Thomas (Hg., 2006): Soziale Ökologie. Grundzüge einer Wissenschaft von den gesellschaftlichen Naturverhältnissen, Frankfurt a.M./New York.
- Becker, Joachim (2002): Akkumulation, Regulation, Territorium. Eine kritische Rekonstruktion der französischen Regulationstheorie, Marburg.
- Becker, Joachim/Raza, Werner (2000): Theory of regulation and political ecology: an inevitable divorce?, in: Économie et sociétés, Serie „Théorie de la régulation“ 11, 55-70.
- Biesecker, Adelheid/Wichterich, Christa/v.Winterfeld, Uta (2012): Feministische Perspektiven zum Themenbereich Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität, Hintergrundpapier für die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages; M 17(26)23, Berlin.
- Boyer, Robert (1990): The Regulation School: A Critical Introduction. New York; Oxford.
- Brand, Ulrich (2009): The Internationalised State and its Functions and Modes in the Global Governance of Biodiversity, in: Kütting, Gabriela/Lipschutz, Ronnie (eds.): Power, knowledge and governance in international environmental policy, London, 100-123.
- (2012): Green Economy and Green Capitalism: Some Theoretical Considerations, in: Journal für Entwicklungspolitik 28(3), 118-137.
- Brand Ulrich/Görg Christoph/Hirsch Joachim/Wissen Markus (2008): Conflicts in Global Environmental Regulation and the Internationalization of the State. Contested Terrains, London.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster.
- Brand, Ulrich/Lötzer, Ulla/Müller, Michael/Popp, Michael (2013): Big Business Emissionshandel. Gegen die Finanzialisierung der Natur, Standpunkte-Papier 3/2013 der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Brand, Ulrich/Raza, Werner (eds., 2003): Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven der Regulationstheorie, Münster.

- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011a): Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 36(2), 12-34.
- (2011b): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse, in: Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.): *VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg, 78-93.
- Bratsis, P. and S. Aronowitz (eds) 2002. *Paradigm Lost: State Theory Reconsidered*, Minnesota.
- Bretthauer, Lars et al. (2006): *Poulantzas lesen*, Hamburg.
- Brie, Michael (2009): Ways out of the crisis of neoliberalism, in: *Development Dialogue* 51, 15-31.
- Bullard, Nicola (2011): Just Transition – Einstieg in Transformation?, in: *Luxemburg* 1.
- Candeias, Mario (2011): Interregnum – Molekulare Verdichtung und organische Krise, in: *VielfachKrise*, 45-61.
- Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hg., 2001): *Ein neuer Kapitalismus?*, Hamburg.
- Castree, Noel (2010): Neoliberalising nature: the logics of deregulation and reregulation, in: *Environment and Planning A*, Vol. 40 No. 1, 131-152.
- Demirović/Adolphs/Karakayali (2010): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis, Baden Baden.
- Demirović, Alex (1992): Regulation und Hegemonie. Intellektuelle Wissenspraktiken und Akkumulation, in: Demirović, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hg.): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster, 128-157.
- Demirović, Alex/Krebs, Hans-Peter/Sablowski, Thomas (Hg., 1992): *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess*, Münster.
- Dietz, Kristina/Wissen, Markus (2009): Kapitalismus und „natürliche Grenzen“. Eine kritische Diskussion ökomarxistischer Zugänge zur ökologischen Krise, in: *Prokla* 159, 351-370.
- Fischer-Kowalski, Marina/Haberl, Helmut/Hüttler, Walter/Payer, Harald/Schandl, Heinz/Winiwarter, Verena/Zangler-Weisz, Helga (1997): *Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur. Ein Versuch in sozialer Ökologie*, Wien.
- Frosini, Fabio/Wille, Christian/Schnabel, Annette u.a. (2012): *Lebensweise, Lebensbedingungen*, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* 8/I, Hamburg, 771-791.
- Goodwin, Mark/Painter, Joe (1997): Concrete Research, Urban Regimes, and Regulation Theory, in: Lauria, Mickey (ed.): *Reconstructing Urban Regime Theory. Regulating Urban Politics in a Global Economy*, Thousand Oaks, 13-29.
- Görg, Christoph (2003): Regulation der Naturverhältnisse. Zu einer kritischen Theorie der ökologischen Krise, Münster.
- (2003b): Gesellschaftstheorie und Naturverhältnisse. Von den Grenzen der Regulationstheorie, in: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretische und politische Perspektiven des Regulationsansatzes*, Münster, 175-194
- (2003c): Nichtidentität und Kritik. Zum Problem der Gestaltung der Naturverhältnisse, in: Böhme, Gernot/Manzei, Alexandra (Hg.): *Kritische Theorie der Technik und der Natur*, München, 113-133.
- Gramsci, Antonio (1991ff): *Gefängnishefte*, hrsg. v. Bochmann, Klaus/Haug, Wolfgang-Fritz, Hamburg/Berlin.
- Haas, Tobias/Sander, Hendrik (2013): „Grüne Basis“. Grüne Kapitalfraktionen in Europa – Eine empirische Untersuchung, Berlin.

- Haberl, Helmut/Fischer-Kowalski, Marina/Krausmann, Fridolin/Martinez-Alier, Juan/Winiwarter, Verena (2011): A Socio-metabolic Transition towards Sustainability? Challenges for Another Great Transformation, in: Sustainable Development, Vol. 19, 1-14.
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg.
- Hoering, Uwe (2011): Die Wiederentdeckung des ländlichen Raumes als Beitrag zur kapitalistischen Krisenlösung, in: Demirović, Alex/Düick, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg, 111-128.
- Huber, Joseph (2011): Ökologische Modernisierung und Umweltinnovation, in: Groß, Matthias (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie, 279-302.
- Hübner, Kurt (1989): Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie, Berlin.
- Jaeger, Carlo C. et al. (2011): A New Growth Path for Europe. Generating Prosperity and Jobs in the Low-Carbon Economy. Synthesis Report. A study commissioned by the German Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation and Nuclear Safety, Potsdam: European Climate Forum.
- Jänicke, Martin (2011): „Green Growth“. Vom Wachstum der Öko-Industrie zum nachhaltigen Wirtschaften. FFU-Report 06-2011, Berlin: Freie Universität Berlin, Forschungszentrum für Umweltpolitik.
- Jessop, Bob (1990): Regulation Theories in Retrospect and Prospect, in: *Economy and Society* 19(2), 153-216.
- (2007): *State Power: A Strategic-Relational Approach*, Cambridge.
- Kaufmann, Stefan/Müller, Tadzio 2009. *Grüner Kapitalismus. Krise, Klimawandel und kein Ende des Wachstums*, Berlin.
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff 'Regulation', in: *Prokla* 58, 109-137.
- (1992): *Towards a New Economic Order. Postfordism, Ecology, and Democracy*, Oxford.
- (1998): Die politische Ökologie und die Zukunft des Marxismus, in: ders.: *Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften*, Hg. v. Hans-Peter Krebs, Hamburg, 59-76.
- Mol, Arthur/Sonnenfeld, David/Spaargaren, Gert (Hg., 2009): *The Ecological Modernisation Reader. Environmental Reform in Theory and Practice*, London/New York.
- OECD (2011): *Towards Green Growth*, Paris.
- Painter, Joe (1997): Regulation, Regime, and Practice in Urban Politics, in: Lauria, Mickey (ed.): *Reconstructing Urban Regime Theory. Regulating Urban Politics in a Global Economy*, Thousand Oaks, 122-143.
- Poulantzas, Nicos (1978): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*, Hamburg.
- Raskin, P. D./Electris, C./Rosen, R. A., 2010. *The Century Ahead: Searching for Sustainability*, in: *Sustainability* 2, 2626-2651.
- Raza, Werner (2003): Politische Ökonomie und Natur im Kapitalismus. Skizze einer regulationstheoretischen Konzeptualisierung, in: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): *Fit für den Postfordismus?* Münster, 158-174.
- Rilling, Rainer (2011): Wenn die Hütte brennt... „Energiewende“, green new deal und grüner Sozialismus, in: *Forum Wissenschaft* Nr. 4, 14-18.

- Sablowski, Thomas (2009): Die Ursachen der neuen Weltwirtschaftskrise, in: *Kritische Justiz*, Nr. 2, 116-131.
- Sassoon, Anne Showstack (2001), 'Globalisation, Hegemony and Passive Revolution', in: *New Political Economy*, 6 (1), 5-17.
- Sauer, Birgit (2001): *Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*, Frankfurt a.M./New York.
- UNEP (2011b): *Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication*, UNEP. [www.unep.org/greeneconomy](http://www.unep.org/greeneconomy).
- WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): *Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin.
- Wissen, Markus (2010): Klimawandel, Geopolitik und „imperiale Lebensweise“. Das Scheitern von „Kopenhagen“ und die strukturelle Überforderung internationaler Umweltpolitik, in: *Kurswechsel*, Heft 2, 30-38.
- (2011): Gesellschaftliche Naturverhältnisse in der Internationalisierung des Staates. Konflikte um die Räumlichkeit staatlicher Politik und die Kontrolle natürlicher Ressourcen, Münster.
- Christian Zeller (2009): Die Gewalt der Rente: die Erschliessung natürlicher Ressourcen als neue Akkumulationsfelder, in: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 35/1, 31-52.
- Zuindeau, Bertrand (2007): *Régulation School and environment: Theoretical proposals and avenues of research*, in: *Ecological Economics* Vol. 62, 281-290.